

Thiesing, Adolf

Die Schuldenhaftung bei der allgemeinen Gütergemeinschaft

Göttingen 1896

J.germ. 3542

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11812658-7

J. Germ.

3542

Thiesing

I. germ.

~~208~~

3542

Die Schuldenhaftung bei der allgemeinen Gütergemeinschaft.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der juristischen Doctorwürde

der

hohen juristischen Fakultät der Georg-Augusts-Universität

zu Göttingen

vorgelegt von

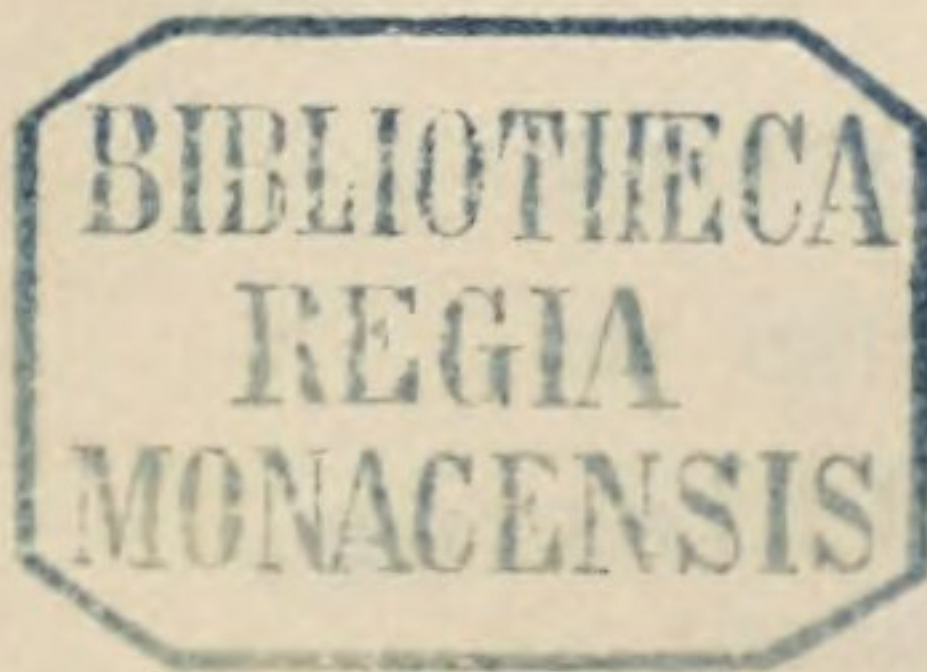
Adolf Thiesing,

Referendar.

Göttingen,

Druck der Univ.-Buchdruckerei von W. Fr. Kästner.

1896.



Meinem Onkel

Herrn Dr. med. Ahrens

pract. Arzt in Wiesbaden

in Dankbarkeit

zugeeignet.

Meinung (Gutachten)

Herrn Dr. med. A. H. H. H.

in der Stadt in W. H. H.

in D. H. H.

in D. H. H.

Inhalt.

	Seite
§ 1. Einleitung	1—4
Erster Abschnitt. Die Haftung des Gesamtguts.	
§ 2. I. Für die vorehelichen Schulden beider Ehegatten . .	4—7
§ 3. II. Für die während der Ehe entstandenen Schulden des Mannes	8—10
III. Für die während der Ehe entstandenen Schulden der Frau.	
1. Die nicht auf Rechtsgeschäften beruhenden Schulden.	
§ 4. a. Gesetzliche Schulden	10—13
§ 5. b. Deliktsschulden	13—16
2. Die rechtsgeschäftlichen Schulden der Ehefrau.	
§ 6. a. Allgemeines	16—19
§ 7. b. Schulden infolge der Schlüsselgewalt . .	19—21
§ 8. c. Schulden infolge des Notverwaltungsrechts	21—24
§ 9. d. Schulden infolge Auftrags, Genehmigung, Einwilligung des Mannes bzw. infolge unbeauftragter Geschäftsführung oder Bereicherung des Gesamtguts	24—25
§ 10. e. Schulden infolge eines mit Einwilligung des Mannes betriebenen Handels- oder sonstigen Gewerbes	26—28
§ 11. f. Die Stellung des Entwurfs zu den rechtsgeschäftlichen Schulden der Frau . .	28—33
Zweiter Abschnitt. Persönliche Haftung der Ehegatten.	
§ 12. I. Während der Dauer der Gemeinschaft	34—43
II. Nach Auflösung der Gemeinschaft.	
§ 13. 1. Gegenüber den Gläubigern	43—53
§ 14. 2. Im Verhältnis der Gatten zu einander . .	53—58

Inhalt.

1-4	§ 1. Einleitung
4-10	§ 2. I. Abschnitt. Die Nation des Gesamtstaats
10-15	§ 3. I. Für die vorbestimmten Personen der Nation
15-20	§ 4. II. Für die während des Krieges entstandenen Personen der Nation
20-25	§ 5. III. Für die während der liberalen Verfassungen Personen der Nation
25-30	§ 6. IV. Für die nicht auf Verfassungseinfluss beruhenden Personen
30-35	§ 7. I. Gesetzliche Personen
35-40	§ 8. II. Nichtgesetzliche Personen
40-45	§ 9. Die rechtliche Stellung der Personen der Nation
45-50	§ 10. I. Abschnitte
50-55	§ 11. II. Personen infolge der Verfassung
55-60	§ 12. III. Personen infolge der Verfassungsgesetze
60-65	§ 13. IV. Personen infolge der Verfassung
65-70	§ 14. V. Personen infolge der Verfassung
70-75	§ 15. VI. Personen infolge der Verfassung
75-80	§ 16. VII. Personen infolge der Verfassung
80-85	§ 17. VIII. Personen infolge der Verfassung
85-90	§ 18. IX. Personen infolge der Verfassung
90-95	§ 19. X. Personen infolge der Verfassung
95-100	§ 20. XI. Personen infolge der Verfassung
100-105	§ 21. XII. Personen infolge der Verfassung
105-110	§ 22. XIII. Personen infolge der Verfassung
110-115	§ 23. XIV. Personen infolge der Verfassung
115-120	§ 24. XV. Personen infolge der Verfassung
120-125	§ 25. XVI. Personen infolge der Verfassung
125-130	§ 26. XVII. Personen infolge der Verfassung
130-135	§ 27. XVIII. Personen infolge der Verfassung
135-140	§ 28. XIX. Personen infolge der Verfassung
140-145	§ 29. XX. Personen infolge der Verfassung
145-150	§ 30. XXI. Personen infolge der Verfassung
150-155	§ 31. XXII. Personen infolge der Verfassung
155-160	§ 32. XXIII. Personen infolge der Verfassung
160-165	§ 33. XXIV. Personen infolge der Verfassung
165-170	§ 34. XXV. Personen infolge der Verfassung
170-175	§ 35. XXVI. Personen infolge der Verfassung
175-180	§ 36. XXVII. Personen infolge der Verfassung
180-185	§ 37. XXVIII. Personen infolge der Verfassung
185-190	§ 38. XXIX. Personen infolge der Verfassung
190-195	§ 39. XXX. Personen infolge der Verfassung
195-200	§ 40. XXXI. Personen infolge der Verfassung
200-205	§ 41. XXXII. Personen infolge der Verfassung
205-210	§ 42. XXXIII. Personen infolge der Verfassung
210-215	§ 43. XXXIV. Personen infolge der Verfassung
215-220	§ 44. XXXV. Personen infolge der Verfassung
220-225	§ 45. XXXVI. Personen infolge der Verfassung
225-230	§ 46. XXXVII. Personen infolge der Verfassung
230-235	§ 47. XXXVIII. Personen infolge der Verfassung
235-240	§ 48. XXXIX. Personen infolge der Verfassung
240-245	§ 49. XL. Personen infolge der Verfassung
245-250	§ 50. XLI. Personen infolge der Verfassung
250-255	§ 51. XLII. Personen infolge der Verfassung
255-260	§ 52. XLIII. Personen infolge der Verfassung
260-265	§ 53. XLIV. Personen infolge der Verfassung
265-270	§ 54. XLV. Personen infolge der Verfassung
270-275	§ 55. XLVI. Personen infolge der Verfassung
275-280	§ 56. XLVII. Personen infolge der Verfassung
280-285	§ 57. XLVIII. Personen infolge der Verfassung
285-290	§ 58. XLIX. Personen infolge der Verfassung
290-295	§ 59. L. Personen infolge der Verfassung
295-300	§ 60. LI. Personen infolge der Verfassung
300-305	§ 61. LII. Personen infolge der Verfassung
305-310	§ 62. LIII. Personen infolge der Verfassung
310-315	§ 63. LIV. Personen infolge der Verfassung
315-320	§ 64. LV. Personen infolge der Verfassung
320-325	§ 65. LVI. Personen infolge der Verfassung
325-330	§ 66. LVII. Personen infolge der Verfassung
330-335	§ 67. LVIII. Personen infolge der Verfassung
335-340	§ 68. LIX. Personen infolge der Verfassung
340-345	§ 69. LX. Personen infolge der Verfassung
345-350	§ 70. LXI. Personen infolge der Verfassung
350-355	§ 71. LXII. Personen infolge der Verfassung
355-360	§ 72. LXIII. Personen infolge der Verfassung
360-365	§ 73. LXIV. Personen infolge der Verfassung
365-370	§ 74. LXV. Personen infolge der Verfassung
370-375	§ 75. LXVI. Personen infolge der Verfassung
375-380	§ 76. LXVII. Personen infolge der Verfassung
380-385	§ 77. LXVIII. Personen infolge der Verfassung
385-390	§ 78. LXIX. Personen infolge der Verfassung
390-395	§ 79. LXX. Personen infolge der Verfassung
395-400	§ 80. LXXI. Personen infolge der Verfassung
400-405	§ 81. LXXII. Personen infolge der Verfassung
405-410	§ 82. LXXIII. Personen infolge der Verfassung
410-415	§ 83. LXXIV. Personen infolge der Verfassung
415-420	§ 84. LXXV. Personen infolge der Verfassung
420-425	§ 85. LXXVI. Personen infolge der Verfassung
425-430	§ 86. LXXVII. Personen infolge der Verfassung
430-435	§ 87. LXXVIII. Personen infolge der Verfassung
435-440	§ 88. LXXIX. Personen infolge der Verfassung
440-445	§ 89. LXXX. Personen infolge der Verfassung
445-450	§ 90. LXXXI. Personen infolge der Verfassung
450-455	§ 91. LXXXII. Personen infolge der Verfassung
455-460	§ 92. LXXXIII. Personen infolge der Verfassung
460-465	§ 93. LXXXIV. Personen infolge der Verfassung
465-470	§ 94. LXXXV. Personen infolge der Verfassung
470-475	§ 95. LXXXVI. Personen infolge der Verfassung
475-480	§ 96. LXXXVII. Personen infolge der Verfassung
480-485	§ 97. LXXXVIII. Personen infolge der Verfassung
485-490	§ 98. LXXXIX. Personen infolge der Verfassung
490-495	§ 99. LXXXX. Personen infolge der Verfassung
495-500	§ 100. LXXXXI. Personen infolge der Verfassung

§ 1.

Einleitung.

Zu den Grundfragen des ehelichen Güterrechts gehört die nach der Haftung für die Schulden der Ehegatten, wichtig für das interne Verhältnis der Gatten zu einander, wichtig in noch weit höherem Masse für das Verhältnis zu dritten Personen. Dabei herrscht aber bekanntlich auf keinem Gebiete des geltenden Rechts eine solche Buntscheckigkeit, wie auf dem des ehelichen Güterrechts. Man muss es daher als eine erlösende That bezeichnen, dass der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich dieser Rechtszersplitterung ein Ende bereiten will. Zwar sind im Entwurf noch immer fünf verschiedene Systeme des ehelichen Güterrechts bis in die kleinsten Details ausgebaut — die sog. Verwaltungsgemeinschaft, die Gütertrennung, die allgemeine Gütergemeinschaft, die Errungenschaftsgemeinschaft und die Fahrnissgemeinschaft —, aber nur die beiden ersten Systeme bilden den gesetzlichen Güterstand, welcher eintritt, wenn die Eheleute sich vertragsmässig keinem der anderen Systeme unterwerfen und zwar in erster Linie das System der Verwaltungsgemeinschaft, in zweiter Linie, d. h. nur in gewissen Ausnahmefällen die Gütertrennung. Es ist hier nicht der Ort darzulegen, welche Gründe für die Wahl der Verwaltungsgemeinschaft zum gesetzlichen Güterrecht massgebend gewesen sind. Auch vom Standpunkt der Gläubiger, denen ja an sich die Gütergemeinschaft vorteilhafter ist, muss man sagen, dass es nicht so sehr darauf ankommt, welches System ihren Interessen am günstigsten ist, als vielmehr darauf, dass völlige Sicherheit über die Art und Weise der Schuldenhaf-

tung herrscht, sodass sie, wenn sie Credit einräumen, nicht schmerzlichen Enttäuschungen ausgesetzt sind.

Die verschiedenen Gestaltungen der ehelichen Gütergemeinschaft sind also aus dem gesetzlichen Güterstande hinausgewiesen, aber da jedem Ehepaare die Möglichkeit ihrer Einführung in jenen drei kodifizierten Spielarten gelassen ist, so bleibt, auch wenn der Entwurf Gesetz geworden sein wird, die Gütergemeinschaft ein System, mit dem man rechnen muss, sodass einer Behandlung der bei diesem Systeme auftauchenden Probleme auch für die Zukunft noch praktische Bedeutung beizumessen ist.

Die Frage nach der Schuldenhaftung gestaltet sich nun gerade bei der Gütergemeinschaft zu einer besonders interessanten. Eine Reihe von Momenten ist hier zu erwägen: der Entstehungsgrund, die Entstehungszeit der einzelnen Schulden, die Person des Schuldners, ob Ehemann oder Ehefrau, ist in Betracht zu ziehen. Wie so häufig im Recht, muss man ferner das äussere Verhältnis zu den Gläubigern und das interne Verhältnis der Gatten zu einander wohl auseinanderhalten; denn für gewisse Verbindlichkeiten haften zwar beide Gatten den Gläubigern, aber der schuldnerische Gatte wird dem anderen regresspflichtig, was bei Auflösung des Gemeinschaftsverhältnisses zu Tage tritt. Ueberhaupt ist die Auflösung der Gütergemeinschaft von grosser Bedeutung für unsere Frage, vor allem, wenn der Tod eines Gatten die Ursache der Auflösung bildet, weil dann zwei ganz verschiedene Gesichtspunkte, Erbfolge und Gemeinschaftsteilung, für die juristische Gestaltung herangezogen werden können.

Wir werden im nachstehenden darzustellen versuchen, wie es im heute geltenden Recht mit der Schuldenhaftung bei der allgemeinen Gütergemeinschaft steht, und zugleich untersuchen, welchen Einfluss die Auflösung derselben auf die Verbindlichkeiten der Eheleute hat, wobei wir aber die Bestimmungen des Entwurfs stets berücksichtigen werden.

Wenn wir vom »heutigen Recht« sprechen, so ist es nach dem, was wir über die partikuläre Zerklüftung des ehelichen Güterrechts gesagt haben, klar, dass ebenso wie bei den meisten Materien des deutschen Privatrechts, von einem

»gemeinen« oder »allgemeinen« Recht nicht die Rede sein kann. Vielmehr lassen sich nur bei den einzelnen zur Zeit in Geltung befindlichen Gütergemeinschaftsrechten gleiche Grundgedanken aufweisen, welche von so entscheidender Bedeutung für den ganzen Bau des Systems sind, dass man sie als typisch bezeichnen kann, aber im einzelnen zeigen sie grosse Abweichungen von einander, sodass es, zumal bei der Untersuchung einer speziellen Frage notwendig sein wird, auf die einzelnen Rechte zurückzugreifen und die verschiedene Behandlung darzuthun, welche wenigstens die wichtigeren von ihnen derselben angedeihen lassen.

Die allgemeine Gütergemeinschaft ist dasjenige System des ehelichen Güterrechts, durch welches das beiderseitige Vermögen der Ehegatten zu einer einzigen gemeinschaftlichen Masse, einem Gesamtgute vereinigt wird, in welchem die dem einzelnen Ehegatten zustehenden Vermögensrechte vollständig aufgehen. Die Gemeinschaft erstreckt sich auf das gesamte Aktiv- und Passivvermögen, auf das zur Zeit des Beginnes Eingebachte, wie auf späteren Erwerb, sofern nicht die Natur des Vermögens selbst (z. B. Lehen-, Fideicommissgüter) oder der Wille der Ehegatten eine Ausnahme begründet. Ueber die juristische Natur derselben herrscht seit alten Zeiten ein auch in der Gegenwart noch nicht gänzlich beendeter Streit. Allein da diese Meinungsverschiedenheit für die Gestaltung der einzelnen praktischen Rechtssätze ziemlich belanglos ist, so brauchen wir auf sie nicht einzugehen.

Lebt ein Ehepaar in allgemeiner Gütergemeinschaft, so kommen für die Verbindlichkeiten der Gatten in Beziehung auf die Haftung folgende Möglichkeiten in Betracht: jene sind nämlich entweder Schulden der Gemeinschaft oder lediglich persönliche Schulden des einen oder anderen Ehegatten, je nachdem sie von der Gemeinschaft und mithin aus dem Gesamtgut oder von dem einen oder anderen Ehegatten und mithin aus dem eigenen Vermögen desselben zu bezahlen sind. Jede Gesamtgutsverbindlichkeit muss aber wiederum eine persönliche Schuld und zwar entweder nur des einen oder beider Ehegatten zugleich sein, je nach dem, ob zu der

einem jeden Gatten für seine Schulden obliegenden persönlichen Haftung bloss die Haftung mit dem gemeinsamen Vermögen oder die persönliche des anderen Ehegatten hinzutritt. Wir werden daher zunächst untersuchen, für welche Schulden der Ehegatten das Gesamtgut haftet, sodann in einem zweiten Abschnitt die Frage beantworten, ob und inwieweit die Gatten für derartige Verbindlichkeiten auch mit ihrem persönlichen Vermögen aufzukommen haben, und endlich, ob etwa der Gatte, der aus eigenen Mitteln die Gläubiger befriedigt hat, dafür von dem anderen Gatten Ersatz verlangen kann.

Erster Abschnitt.

Die Haftung des Gesamtguts.

§ 2.

I. Für die vorehelichen Schulden beider Ehegatten.

Aus dem Grundgedanken der Gütergemeinschaft, dass Anteile an dem Gesamtgut der beiden Ehegatten während der Dauer der Gemeinschaft nicht hervortreten und als selbständige Vermögensrechte nicht geltend gemacht werden können, ergiebt sich, dass die Gläubiger des Ehemannes und die Gläubiger der Ehefrau grundsätzlich wegen aller Verbindlichkeiten die Befriedigung aus dem Gesamtgute zu finden haben. Das gemeinschaftliche Vermögen hat eben die Funktion des Vermögens sowohl für den einen wie für den anderen Ehegatten, und die eheliche Wirtschaft soll auf gemeinsamen Gedeih und Verderb geführt werden. Gälte dieser Grundsatz ausnahmslos, so würden alle Schulden eines jeden der beiden Gatten, einerlei wann und wodurch sie entstanden, zu Gesamtgutsverbindlichkeiten werden. Allein dieser Satz muss gemäss der Stellung, die das deutsche Recht der Frau in der Ehe anweist, indem es sie auch heute noch gewissermassen unter die Vormundschaft des Mannes stellt, für die von der Frau durante matrimonio kontrahierten Schulden eine erhebliche Einschränkung erleiden. Im übrigen aber

kann man zusammenfassend sagen, dass die vorehelichen Schulden beider Gatten, alle während der Ehe entstandenen des Mannes und gewisse während der Ehe entstandenen der Frau — nämlich die nicht auf Rechtsgeschäften beruhenden und die innerhalb ihrer Sphäre eingegangenen Kontraktionsobligationen — als Gesamtgutsverbindlichkeiten gelten. In den einzelnen Rechten finden sich jedoch erhebliche Modifikationen dieses allgemeinen Satzes.

Dass die vorehelichen Schulden beider Gatten gemeinschaftlich werden und auf dem gemeinsamen Gute haften, ist fast ausnahmslos in allen Rechten¹⁾ anerkannt. Das drückt sich in den Rechtssprüchwörtern aus: »Wer dem Manne traut, traut auch seinen Schulden« und »qui épouse la femme, épouse ses dettes«. Hier ist also der Gedanke der Verschmelzung beider Vermögen zu einer rechtlichen Einheit consequent durchgeführt. Partikuläre Abweichungen kommen nur selten vor. So bestimmt das A.L.R. II, 1, § 392, dass, falls ein Ehegatte mehr Schulden als Vermögen in die Gemeinschaft gebracht hat, der andere innerhalb zweier Jahre nach vollzogener Ehe auf die Absonderung des Vermögens antragen kann, in welchem Falle die Gläubiger, deren Forderungen vor der Heirat entstanden sind, sich nur an das abgesonderte Vermögen ihres persönlichen Schuldners halten können. Natürlich bleibt für die während der Ehe gemachten Schulden auch in diesem Falle das gemeinschaftliche Vermögen verhaftet. Viel weiter geht das münstersche Recht²⁾,

1) Bremisches Stadt-Recht s. Post, Sammtgut, p. 54; Lipp. Detmold'sche Verordnung von 1786, welche in dieser Verpflichtung, für die vorehelichen Schulden des anderen Ehegatten aufzukommen, »eine oft traurige, aber zur Erhaltung des öffentlichen Credits notwendige Wirkung der allgemeinen Gütergemeinschaft« erkennt (§ 12 d. L. D. Verordnung); die Mehrzahl der bairischen Rechte z. B. Baireuth, Erbach, Fulda u. s. w. s. Neubaue r, das in Deutschland geltende eheliche Güterrecht p. 141; Code civil Art. 1409. No. 1. —; Sächs. Gesetzbuch § 1696; die meisten preuss. provinziellen u. statutar. Rechte, z. B. Danziger Willkür; Paderborn'sches Recht.

2) Adjectum vom Jahre 1607 zu Cap. V der münsterschen Polizeiordnung cfr. Welte r, die münstersche eheliche Gütergemeinschaft p. 154 u. R u n d e, Deutsches eheliches Güterrecht, § 89.

das die Haftung des Gesamtguts für die vorehelichen Schulden des Ehemanns sowohl wie der Ehefrau gänzlich ausschliesst, wenn der andere Ehegatte sie nicht freiwillig mit übernimmt. Ist das nicht geschehen, so sind sie aus den angebrachten Gütern des kontrahierenden Ehegatten und der Hälfte der ehelichen Errungenschaft zu berichtigen. Die bezügliche Stelle des Adjectum lautet: . . . »haben wir uns verglichen . . . da der Mann oder die Frau vor den Ehestand mit einigen entweder selbst gemachten oder auch von den Eltern ererbten Schulden beladen seyn mögte, wider seinen Willen zu tragen nicht schuldig, sondern da Er oder Sie solche Schulden freywilliglich nicht annehmen wollte, alsdann das angebrachte Gut geheel, wie auch was in stehender Ehe ersparet, gewonnen und erworben, zum halben Teil für sich zu behalten, das andere den Creditoren zu belassen, mächtig seyen«.

Auch einige bairische Statuten schliessen die Haftung entweder ganz aus (Oettingen-Wallersteinsche Verordnung vom 22. September 1722) oder beschränken sie auf die dem schulnerischen Gatten am gemeinschaftlichen Vermögen zustehende ideelle Hälfte (Nürnberger Reformation von 1564, tit. 28, G. 1, §§ 2 u. 5) oder erklären sie für das Sammtgut als eine nur subsidiäre (fränkische Landgerichtsordnung von 1618, 1633, 1733, Teil III, tit. 104, §§ 2 u. 3) oder machen dieselbe wenigstens von einer Anzeige der Schulden an den anderen Gatten abhängig (der Grafschaft Hohenlohe gemeinsames Landrecht von 1738, Teil I, tit. 4, § 6)¹⁾ [cf. auch des weiteren Neubauer a. a. O. p. 141].

1) Andere Beispiele des Ausschlusses der vorehelichen Schulden von der Gemeinschaft bringt Scherer, die verworrene Lehre der ehelichen Gütergemeinschaft, § 65. — Die in Coburg u. Hildburghausen bestehende Gütergemeinschaft umfasst ebenfalls nicht die vor der Ehe gewirkten Schulden, s. Gössmann, Die Lehre von d. allgem. ehel. Gütergemeinsch., p. 276.

Nach der V.O. vom 23. Mai 1746 u. 24. Juli 1759 werden im Grossherzogtum Mecklenburg-Strelitz die vorehelichen Schulden der Gatten nur dann gemeinsam, wenn sie beim Verlöbniß offenbart und spezifiziert u. vom nichtschuldnerischen Gatten übernommen sind.

Die Motive zum Entwurf d. bürgerl. Gesetzbuchs erster Lesung¹⁾ enthalten die Bemerkung, dass das lübische Recht die Haftung des Gesamtguts in Ansehung der vorehelichen Schulden der Ehefrau in der Art beschränke, dass die Gläubiger derselben nur bis zu dem Betrage des von der Frau eingebrachten Vermögens aus dem Gesamtgute ihre Befriedigung finden könnten, während in Ansehung der vorehelichen Schulden des Ehemanns eine solche Beschränkung nicht stattfinde. Dies letztere unterliegt keinem Zweifel. Im Anschluss an Lib. I, tit. V, Art. VII d. Lübeckischen Stadtrechts wird mehrfach erörtert²⁾, dass die Frau mit ihrem in die Ehe gebrachten Gute für die Schulden des Mannes hafte und dass kein Unterschied zwischen den vorehelichen und während bestehender Ehe kontrahierten Schulden zu machen sei. Hingegen habe ich über jene Einschränkung hinsichtlich der vorehelichen Schulden der Frau nirgends eine Bestimmung oder Erörterung finden können. Im Gegenteil, Carstens³⁾ spricht z. B. deutlich aus, daraus, dass ein Ehegatte für den anderen mitbezahlen müsse, »folge auch, dass der Creditor antenuptialis sich an das Gut des unschuldigen Gatten halten könne«.

Ein Zurückgreifen auf das von dem einen oder anderen Gatten in die Gemeinschaft gebrachte Vermögen, wie es nach dem A.L.R. oder dem münsterschen Recht geschieht, ist mit dem Wesen des Gesamtguts als eines neuen einheitlichen Vermögens augenscheinlich nicht vereinbar. Daher steht auch der Entwurf durchaus auf dem Standpunkt, dass für alle vorehelichen Schulden beider Gatten das gemeinschaftliche Vermögen haftet (§ 1442)⁴⁾.

1) Motive, Bd. 4, p. 365.

2) cf. Mevius, ad jus. Lubec. I, 5, art. 7, n. 31; Pufendorf, animadvers. jur. tom. I, 56, § 1.

3) Carstens, Beiträge zur Erläuterung des lübeckischen Rechts, p. 13. — Uebrigens ist nach lübischem Recht nur bei beerbter Ehe Gütergemeinschaft vorhanden.

4) Wir citieren im folgenden die Paragraphen nach der dem Reichstage gemachten Vorlage des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches. 1896.

II. Die Haftung des Gesamtgutes für die während der Ehe entstandenen Schulden des Mannes.

Dasselbe gilt auch in Ansehung der nach Eintritt der allgemeinen Gütergemeinschaft entstandenen Verbindlichkeiten des Ehemannes. Sowohl der Entwurf (§ 1442) wie die überwiegende Mehrzahl der jetzt in Geltung befindlichen Rechte¹⁾ bestimmen dies. Einen eigentümlichen Standpunkt nimmt das Recht der Stadt Nürnberg ein; danach haftet das Sammtgut nur für die von den Eheleuten gemeinsam kontrahierten Schulden, während die von einem Ehegatten einseitig ohne Wissen und Willen und auch nicht zu gleichem Nutzen des anderen eingegangenen Verpflichtungen nur auf der Vermögenshälfte dieses Ehegatten lasten. (Nürnberg. Reformation, tit. 28, G. 1, §§ 5 u. 6.) Regelmässig aber kann der Mann das Sammtgut mit einseitig von ihm kontrahierten Schulden belasten, ganz einerlei ob diese den Ehezwecken oder nur seinen eigenen Interessen dienen, da seine Stellung als Vertreter des Gesamtguts eine nach Aussen gänzlich unbeschränkte ist. Obwohl hierin eine schwere Gefährdung der Frau und ihres Gutes liegt, so hat trotzdem das unabweisbare Bedürfnis des praktischen Lebens überall zu dieser Gestaltung geführt. Ist doch der Grund, der — hauptsächlich in den Städten — zur Einführung und weiteren Ausbildung des Instituts der allgemeinen Gütergemeinschaft führte, kein anderer, als den Kredit des Mannes zu erweitern. Diesem Zweck würde es aber widerstreiten, wenn die Gläubiger sich erst darüber informieren müssten, ob der Kredit zum Besten der ehelichen Gemeinschaft in Anspruch genommen werde oder nicht.

Eine Milderung der Haftung enthält das A.L.R. II, 1, § 386; danach sollen Grundstücke und Gerechtigkeiten, welche die Frau mit in die Ehe gebracht hat, für einseitige Schul-

1) Z. B. A.L.R. II, 1, § 380, § 386; westfäl. Gesetz vom 16. April 1860, § 3 . . . »und alle von ihm (dem Ehemann) gemachten Schulden sind für dasselbe (das Sammtgut) verbindlich«; code civil, Art. 1409, No. 2; 1411 ff.; 1424 S. 1.

den des Mannes nur subsidiär haften. Wirkliche Ausnahmen vom Princip giebt es nur ganz vereinzelt in betreff gewisser Verbindlichkeiten. So verpflichten Bürgschaften bisweilen nur den Mann, wenn er sie ohne Einwilligung der Frau eingegangen ist. Das oben erwähnte Adjectum zur münsterschen Polizeiordnung behandelt einseitige Bürgschaftsschulden wie voreheliche Schulden eines Ehegatten, schliesst sie also von der Gemeinschaft aus. Aehnliches bestimmt das Mindener Stadtrecht (Buch I, tit. 13, Art. 16).

Auch für Deliktsschulden des Mannes lassen einzelne Rechte das Gesamtgut überhaupt nicht oder unter gewissen Voraussetzungen nicht haften. Nach Osnabrücker Recht tritt eine Haftung nicht ein, falls die Deliktsschulden die Hälfte des Vermögens überschreiten. Nach § 14 der Lipp. Detmoldschen Verordnung von 1786 soll in jenem Falle »dem unschuldigen Theil, damit er nicht unverdienter Weise ganz um das Seinige komme, gegen den Fiscum, ohne Nachteil des zu Entschädigenden und der übrigen Kreditoren, die Rechtswohlthat zustehen, auf Trennung der Gemeinschaft also auf die Teilung des Vermögens zu provozieren, und auf die Art seine Hälfte zu retten«. Keine Ausnahme hingegen ist die in manchen Rechten und auch im Entwurf (§ 1427—1429) sich findende Bestimmung, dass Schenkungsversprechen und Obligationen, die der Mann einseitig über das Gesamtgut als ganzes ¹⁾ und über Grundstücke eingeht, das gemeinschaftliche Gut nicht belasten. Denn diese Obligationen sind überhaupt ohne Zustimmung der Frau ungültig, weil die im Widerspruch mit dem durch positiven Rechtssatz aufgestellten Verfügungsverbot geschehene Verfügung rechtlich gegenstandslos und daher auch für den Mann wirkungslos ist, wie es Obligationen Minderjähriger ohne Zustimmung des Vormundes sind ²⁾. Ist die gütergemeinschaftliche Masse auf Grund des ungültigen Geschäfts bereichert, so ist natürlich die *condictio sine causa* begründet. Geradeso ist nach A.L.R. II, 1, § 387 f. ein Rechtsgeschäft des Mannes, gegen welches die Frau bei

1) Z. B. westfäl. Gesetz v. 16. April 1860.

2) cf. auch R.G. Bd. I, p. 397.

dem Drittkontrahenten Widerspruch eingelegt hat, nichtig, wenn es der Mann trotzdem abschliesst, und natürlich auch für ihn selbst unverbindlich.

III. Die Haftung des Gesamtgutes für die während der Ehe entstandenen Schulden der Frau.

1. *Die nicht auf Rechtsgeschäften beruhenden Schulden.*

§ 4.

a. Gesetzliche Schulden.

Während, wie wir gesehen haben, die meisten Rechte für alle Schulden des Mannes das Gesamtgut haftbar erklären, steht es mit den während der Ehe entstandenen Verbindlichkeiten der Ehefrau wesentlich anders. Man muss hier zunächst zwischen rechtsgeschäftlichen und nichtrechtsgeschäftlichen Schulden unterscheiden. Letztere können entweder unmittelbar durch Gesetz begründet sein (z. B. Unterhaltsverbindlichkeiten) oder aus unerlaubten Handlungen herrühren. Die bestehenden Rechte enthalten darüber, ob das Gesamtgut auch für die nach Eintritt der Gütergemeinschaft entstandenen gesetzlichen Verpflichtungen haftet, meist keine ausdrücklichen Bestimmungen. Daher ist die Frage nicht unbestritten; sie wird jedoch vielfach bejaht. Das preussische Obertribunal spricht sich in mehreren Entscheidungen dafür aus. (cf. z. B. Striethorst's Archiv, Bd. 45, p. 48.) Hier kommt der Gerichtshof zu diesem Resultat allerdings auf Grund der Erwägung, dass die streitige Verpflichtung — es handelt sich um eine Alimentationsverbindlichkeit der Ehefrau gegenüber ihrer Mutter — nicht erst als während der Ehe begründet anzusehen sei, sondern gesetzlich schon vor Eingehung der Ehe bestanden habe, wenn sie auch erst im Laufe derselben, weil die Hülfbedürftigkeit nicht eher eingetreten, zur Wirklichkeit und zur Erfüllung gelangt sei. Da hier die Haftung auf die Entstehung der Schuld vor Beginn der Gütergemeinschaft zurückgeführt, die Schuld also einfach als vorheliche betrachtet wird, so ist damit für unsere Frage eigentlich noch keine Antwort gegeben; denn bei anderen gesetzlichen Verbindlichkeiten, die zweifellos erst während der Ehe

existent werden, kann man mit dieser Begründung nicht operieren.

Das Oberappellationsgericht zu Rostock hingegen stellt sich in einer Entscheidung (abgedruckt in den Entsch. d. O.A.G. zu Rostock von Buchka und Budde Bd. IV, p. 251) principiell auf den Standpunkt der Haftung des Gesamtguts für die während der Ehe entstandenen gesetzlichen Verbindlichkeiten der Frau. Es heisst in dieser Entscheidung, dass der Ehemann unzweifelhaft verpflichtet sei, seiner Ehefrau die Mittel zur Alimentierung ihres unehelichen Sohnes, soweit dazu die Beiträge ihres Schwängerers nicht ausreichen, aus dem unter seiner Disposition stehenden Gesamtgute zu gewähren, da die der Frau obliegende Unterhaltsverbindlichkeit aus dem Ehevermögen zu bestreiten sei, rücksichtlich dessen nach Schwerinschem Recht beide Gatten in völlig ungeteilter Gemeinschaft stehen. Die Ansicht, dass die ganze Alimentationsverbindlichkeit, auch hinsichtlich der erst nach der Verheiratung fällig gewordenen Prästationen als voreheliche Schuld anzusehen sei, wird ausdrücklich verworfen.

Die französische Jurisprudenz hat aus den Worten des Art. 1409 No. 5 des code civil, welcher als Gemeinschaftsschulden zwar nur die Ausgaben für »l'éducation et entretien des enfants« bezeichnet, gefolgert, dass der Unterhalt sowohl der einseitigen Abkömmlinge als auch anderer nach Art. 205, 206 unterhaltsberechtigter Verwandter der Gatten — vorbehaltlich der nicht gemeinsam oder nicht vor der Ehe anerkannten unehelichen Kinder — als eine Gemeinschaftslast zu betrachten ist¹⁾. Ob sich die deutsche Rechtsprechung in dem Geltungsbereich des code civil resp. des badischen Landrechts dieser Interpretation angeschlossen hat, habe ich nicht feststellen können.

Im grossen und ganzen kann man jedenfalls sagen, dass die Nichthaftung des Gesamtguts für alle während der Ehe ex lege entstandenen Verpflichtungen der Frau die Ausnahme, die Haftung aber die Regel bildet. Auf demselben Boden

1) cf. die bei Zachariae v. Lingenthal, Handbuch des französischen Civilrechts citierten Schriftsteller, Bd. III, p. 277, n. 21.

steht der Entwurf vorbehaltlich der im § 1445 bezeichneten Verbindlichkeiten, welche infolge eines zu etwaigem Vorbehaltsgute gehörenden Rechts oder des Besitzes einer dazu gehörigen Sache entstanden sind.

Was die Alimentationsverbindlichkeiten anlangt, so enthält der Entwurf erster Lesung in dem von der allgemeinen Gütergemeinschaft handelnden Abschnitt einen besonderen Paragraphen (§ 1363, Entw. erster Les.), dem die Motive eine ausführliche Begründung widmen, aus welcher ich folgendes hervorhebe. Da die Verpflichtung, Alimente zu zahlen, bekanntlich von der Leistungsfähigkeit des Verpflichteten abhängt, so handelt es sich zunächst darum, inwieweit das Gesamtgut als Vermögen des Verpflichteten in Betracht kommt. »Da nach dem Entwurfe«, so heisst es in den Motiven, »das Gesamtgut gemeinschaftliches Vermögen beider Ehegatten ist, welches nach Auflösung der Gemeinschaft einem jeden der Ehegatten zur Hälfte zufällt, so scheint es der einfachste^e Ausweg zu sein, in der hier fraglichen Beziehung, soviel die Leistungsfähigkeit eines Ehegatten zur Gewährung des Unterhalts betrifft, die Hälfte des Gesamtguts dem Vermögen des betreffenden Gatten hinzuzurechnen«. Da aber eine solche Zerlegung in Quoten — so ungefähr fahren die Motive fort — sich nicht mit den Grundprincipien der Gütergemeinschaft verträgt, so ist es richtiger, für die Feststellung der Leistungsfähigkeit des Gatten das Gesamtgut zu Grunde zu legen. Allerdings fehlt es, da das Verfügungsrecht in Ansehung des Gesamtguts unter Ausschluss der Ehefrau allein dem Ehemanne zusteht, dieser auch allein über die Früchte desselben zu verfügen berechtigt ist, während bestehender Gemeinschaft — abgesehen von etwaigem Vorbehaltsgut — an sich an der Leistungsfähigkeit der Frau, mithin an einer Voraussetzung für die Entstehung der gesetzlichen Unterhaltspflicht. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, dass die allgemeine Gütergemeinschaft diesen Erfolg nicht haben darf. Man gelangt daher am einfachsten zum Ziel, wenn man das Verhältnis so beurteilt, wie wenn die Verwandten der Ehefrau zu dem Ehemanne in demjenigen Verwandtschaftsverhältnis sich befänden, in welchem sie sich zur Ehefrau befinden.

Eine solche Formulierung hat denn auch § 1363 des Entwurfs erster Lesung angenommen:

»Die auf der gesetzlichen Unterhaltungspflicht beruhenden Ansprüche . . . der Verwandten der Ehefrau sind so zu beurteilen, wie wenn das Gesamtgut dem Ehemanne gehörte, und wie wenn die Verwandten der Ehefrau zu dem Ehemanne in demjenigen Verwandtschaftsverhältnisse sich befänden, in welchem sie sich zu der Ehefrau befinden«.

Im Entwurf zweiter Lesung findet sich dann eine ähnliche Bestimmung in dem die Unterhaltungspflicht regelnden Titel (§ 1582).

§ 5.

b. Deliktsschulden.

Gerade so, wie mit den *obligationes ex lege* verhält es sich nach dem Entwurf mit den aus unerlaubten Handlungen der Ehefrau herrührenden Schulden der letzteren. Auch sie sind Gesamtgutsverbindlichkeiten. Es ist nicht zu verkennen, dass unter Umständen der Ehemann hierdurch empfindlich getroffen werden kann, da er nach dem im § 1442, Abs. 2 angenommenen Princip für die Gesamtgutsverbindlichkeiten auch persönlich haftet; allein im Interesse dritter Personen muss diese Regelung durchaus gebilligt werden. Das Gesamtgut von der Haftung für Schulden dieser Art zu befreien, würde nichts Anderes bedeuten, als der Ehefrau zu Gunsten des Mannes das Privilegium zu erteilen, soweit sie kein Vorbehaltsgut hat, die hier fraglichen Verbindlichkeiten während der Ehe nicht bezahlen zu brauchen. Ein solches, die Rechte Dritter benachteiligendes Privilegium darf derselben nicht beigelegt werden. Wenn es, wie wir nachher sehen werden, bei Schulden der Frau aus Rechtsgeschäften, die nicht innerhalb des Kreises ihrer Befugnisse liegen, anders steht, so ist die Sachlage hier ja auch keineswegs die gleiche. Denn in diesem Falle wussten die Gläubiger, deren Ansprüche auf einem derartigen Vertrage der Ehefrau beruhen, dass diese für die Dauer der Ehe durch solche Kontrakte das Gemeinschaftsvermögen nicht verpflichten konnte. Niemand aber ist gezwungen, sich mit einer verheirateten Frau in

Rechtsgeschäfte einzulassen, während man vor einem Schaden durch unerlaubte Handlungen sich meist nicht hüten kann.

Während so der nach dem Entwurf eintretende Rechtszustand durchaus beifallswürdig erscheint, gehen die bestehenden Rechte in dieser Frage sehr auseinander. Eine Haftung wird namentlich nach verschiedenen in kleineren Rechtsgebieten¹⁾ geltenden deutschen Gütergemeinschaftsrechten nicht angenommen. Für das bremische Recht ist es nicht ganz zweifellos; jedoch führt Post (Sammtgut nach brem. Recht, § 31) aus, dass die heutige bremische Praxis in Uebereinstimmung mit dem Rechtsbewusstsein der bremischen Bevölkerung das Sammtgut für Deliktsschulden der Frau nicht haften lasse. Wenn er diese Stellungnahme damit begründet, dass der Frau während der Ehe in betreff des Sammtguts jede Disposition entzogen sei, und dass sie daher dasselbe nicht mit Schulden, also auch nicht mit Deliktsschulden belasten könne, so verkennt er doch m. E. den erheblichen Unterschied zwischen Obligationen, welche die Frau freiwillig übernimmt und solchen, die ihr aus unerlaubten Handlungen überkommen. Die aus letzteren entspringenden vermögensrechtlichen Wirkungen sind nicht Zweck, sondern Folge der Handlung. Es wird nicht durch freien Willensakt dem Dritten ein Recht eingeräumt, sondern ihm ein Unrecht zugefügt, welches aus dem Vermögen des Handelnden nach gesetzlicher Vorschrift wieder gut zu machen ist. Steht also nicht ein positiver Rechtssatz entgegen, so muss eben, weil es sich nicht um einen Eingriff in die dem Manne vorbehaltene Vermögensverwaltung durch Rechtsgeschäfte handelt, die von uns an die Spitze der Erörterung gestellte allgemeine Regel der Gütergemeinschaft in Anwendung kommen, dass das vereinte Gut für die Schulden beider Gatten haftet.

Nach französischem Recht ist eine Haftung des Sammtguts für Schadensersatzansprüche gegen eine Ehefrau wegen

1) Z. B. in Verden, Coburg u. Hildburghausen cf. Gössmann a. a. O., p. 276; ferner Hildesheim cf. Hardeck, Ueber das Hildesheimer Stadtrecht, § 17, welcher von einigen Modifikationen abgesehen die obligationes ex delicto beider Ehegatten nicht gemeinschaftlich werden lässt.

eines begangenen Vergehens oder eines Quasidelikts im allgemeinen ausgeschlossen (cf. Zachariä v. Lingenthal a. a. O., Bd. IV, p. 237). Ueber Geldstrafen, in welche eine in Gütergemeinschaft lebende Ehefrau verurteilt worden ist, bestimmt der Art. 1424, Satz 2 des code civil: »Les amendes encourues par la femme ne peuvent s'exécuter que sur la nue propriété de ses biens personnelles, tant que dure la communauté«. Eine Beitreibung aus dem Gesamtgute ist also unzulässig.

Das A.L.R. schweigt über unsere Frage, wenn wir von Geldstrafen, welche die Frau verwirkt hat, und Kosten einer gegen sie verhängten Untersuchung¹⁾ — also auf öffentlich-rechtlichen Entstehungsgründen beruhenden Schulden — absehen. Wegen dieses Mangels einer ausdrücklichen und klaren gesetzlichen Entscheidung hat die preussische Praxis geschwankt. Die ältere Rechtsprechung verneint die Haftung ganz entschieden. Ein in Striethorst's Archiv, Bd. 41, p. 269 abgedrucktes Erkenntnis des Obertribunals zu Berlin stützt diese Meinung auf den § 389, Teil II, tit. 1 des A.L.R., welcher lautet:

»Schulden einer in der Gütergemeinschaft lebenden Frau sind nur in den § 321, §§ 324—327 bestimmten Fällen gültig und in Ansehung des gemeinschaftlichen Vermögens verbindlich«.

Da nun Entschädigungsansprüche aus einem Vergehen der Frau nicht zu den Schulden gehören, welche in den im § 389 citierten Paragraphen aufgezählt werden, so sei das Gesamtgut nicht dafür verhaftet. In einem späteren Erkenntnis (Striethorst's Archiv, Bd. 46, p. 132) hat derselbe Gerichtshof die entgegengesetzte Ansicht angenommen, in der Erwägung, dass zwar nach dem Wortlaut des § 389 Deliktsansprüche nicht zu den Gemeinschaftsschulden gehören würden, dass aber dem Sinne nach, womit auch der Sprachgebrauch übereinstimme, das Wort »Schulden« lediglich Kontraktsschulden bedeuten solle. An den Ersatz eines per factum illicitum der Frau einem Dritten verursachten Schadens

1) A.L.R. II, 1, § 390.

habe man bei der Redaktion des Paragraphen gar nicht gedacht. Somit sei die Folgerung: weil die fragliche Verbindlichkeit im § 389 resp. den dort citierten Paragraphen nicht speziell aufgeführt sei, so müsste sie als für das Gesamtgut unverbindlich angesehen werden, durchaus nicht unumgänglich; vielmehr müsse aus allgemeinen Gründen und nach Analogie der Haftung des unfreien Kindesguts für Delikte der Kinder (A.L.R. II, 1, § 203) das Gegenteil geschlossen werden. Diesen m. E. richtigeren Standpunkt, welchen auch die Theorie ¹⁾ des preussischen Rechts billigt, hat die neuere Rechtsprechung in Preussen beibehalten ²⁾.

Nach der Mehrzahl der übrigen Rechte ³⁾ wird ebenfalls das Gesamtgut mit den obligationes ex delicto der Frau belastet, weshalb dieses Princip in manchen Lehrbüchern des deutschen Privatrechts ⁴⁾ sogar als gemeinrechtlich bezeichnet wird.

In einzelnen Rechten ⁵⁾ findet sich eine bloss subsidiäre Haftung der gemeinschaftlichen Masse nach etwa vorhandenem Sondergut.

2. Die rechtsgeschäftlichen Schulden der Ehefrau.

§ 6.

a. Allgemeines.

Wir kommen nunmehr zu der Frage der Haftung des Gesamtguts für die von der Frau während der Ehe einge-

1) cf. Dernburg, Preuss. Privatrecht, Bd. 3, p. 129.

2) cf. Seuffert's Archiv, Bd. 34, p. 451. Erkenntn. des Obertribunals zu Berlin in einer holsteinschen Sache.

3) Z. B. Osuabrück; cf. Petersen, das eheliche Güterrecht in den Städten u. Flecken d. Fürstent. Osnabrück, p. 381, No. 12. Meppen, Sigmaringen cf. Roth, Deutsches Privatrecht, Bd. 2, p. 91; Oldenburg cf. Gössmann a. a. O., p. 296; Lipp.-Detmold. Verordnung, § 14: »Auch die von einem Ehegatten wegen eines Verbrechens oder Vergehens verwirkten Geldstrafen, und deshalb ihm auferlegte Gerichtskosten und Entschädigungsgelder müssen aus dem gemeinschaftlichen Vermögen bezahlt werden«.

4) cf. Beseler, Bd. 1, p. 593. Abweichend Eichhorn, Einleitung in das deutsche Privatrecht, p. 768, der das Gesamtgut nur bis zum Betrag des Eingetrachten der Frau haften lässt.

5) Z. B. Fulda cf. Gössmann a. a. O., p. 148; Erbach cf. Beck, Das Landrecht der Grafschaft Erbach und Herrschaft Breuberg im Odenwalde, p. 198.

gangenen Kontraktobligationen. In Bezug auf diese leidet der Grundgedanke der Gütergemeinschaft, dass das Gesamtgut die Funktion des Vermögens sowohl für den einen als für den anderen Ehegatten haben und daher grundsätzlich dem Zugriff der Gläubiger beider Gatten offenstehen soll, die grösste Einschränkung, weil hier das Institut der eheherrlichen Vormundschaft die folgerechte Ausbildung des Gemeinschaftsgedankens durchkreuzt. Fast alle Rechte räumen die Verwaltung und Verfügung über das Gesamtgut allein dem Manne als dem Haupte der Familie und eheherrlichem Vormunde — vorbehaltlich gewisser Ausnahmefälle — ein, und entziehen in Ansehung desselben der Frau das Dispositionsrecht. Eine besondere Stellung nimmt unter den geltenden Rechten wiederum das münstersche ein, indem es jedem Ehegatten die Befugnis giebt, einseitig über die ganze zur Gemeinschaft gehörige Vermögensmasse frei und unbeschränkt zu verfügen, und alle Verträge mit Ausnahme von Bürgschaften (cf. oben S. 9) ohne Unterschied, ob sie einseitig vom Manne oder einseitig von der Frau geschlossen sind, als vollkommen verbindlich für das Gesamtgut erklärt. Ganz deutlich bestimmt dies das schon mehrfach erwähnte Adjectum zur münst. Polizei-Ordnung in seinen Schlussworten: »... andere contractus aber in Kauffhandlungen und sonsten, wie die auch einen Namen haben mögen, aus denen sowohl ersparten als angebrachten Güteren, sie seyen gleich von dem Manne oder der Frawen herkommen, verrichtet werden, und nach alten Gebrauch communio bonorum dessfalls statthaben und behalten sollen«. Es wird also entgegen der deutschen Rechtsanschauung über die eheherrliche Vormundschaft die Frau dem Manne völlig gleichgestellt und so allerdings das Princip der allgemeinen Gütergemeinschaft in der konsequentesten Weise durchgeführt. Regelmässig aber ist die Frau nicht befugt, einseitig das gemeinschaftliche Vermögen durch Rechtsgeschäfte zu verpflichten. Ob die von ihr gleichwohl abgeschlossenen Rechtsgeschäfte absolut nichtig sind ¹⁾, oder ob sie nur dem Gesamtgut nicht zur Last

1) Es kommt auch vor, dass der dritte Kontrahent gebunden ist,

fallen, ist in den einzelnen Rechten verschieden beantwortet. Im ersteren Falle ist die Ehefrau in ihrer Geschäftsfähigkeit beschränkt nach Art der Minderjährigen, sodass sie zur Kontrahierung von Schulden ohne Ermächtigung des Mannes gänzlich unfähig ist; infolgedessen können auch, wenn die Ehe aufgelöst ist, und selbst wenn die Frau Erbin des Sammtguts geworden ist, keine Ansprüche aus einer solchen Handlung gegen sie erhoben werden. Es leuchtet ein, dass dies Prinzip an sich nichts der Gütergemeinschaft Eigentümliches ist, sondern ganz ohne Rücksicht auf das bestehende eheliche Güterrecht der Ehefrau als solcher die Verpflichtungsfähigkeit entzieht, also neben jedem ehelichen Gütersystem bestehen kann. Und so verhält es sich thatsächlich nach französischem Recht resp. nach dem badischen Landrecht. (Code civil Art. 215. 217¹). Auch eine Reihe deutscher Rechte (z. B. A.L.R., brem. Recht cf. Post, Sammtgut, p. 50) schränken die Geschäftsfähigkeit der Ehefrauen ein, doch stehen ihre Bestimmungen durchweg mit dem ehelichen Güterrecht in innigerem Zusammenhang, als es beim französischen Recht der Fall ist und finden in ihm ihre Erläuterung und Ergänzung.

In dem anderen Falle hingegen ist von einer Entziehung der Verpflichtungsfähigkeit der Ehefrau überhaupt keine Rede, sondern nur die Verfügungsgewalt über das gemeinschaftliche Vermögen ist ihr zu Gunsten des Ehemannes genommen. Es sind demnach alle Rechtsgeschäfte der Ehefrau durchaus gültig und sie obligierend, können aber, insoweit die Rechte des Ehemannes dadurch beeinträchtigt würden, nicht geltend gemacht werden, und es haftet daher während der Ehe nur etwaiges Sondergut der Frau (z. B. Märkisches Provinzialrecht cf. Neubauer, a. a. O., p. 9 unten). Streng genommen kann man also nur bei dieser juristischen Gestaltung im eigentlichen Sinne davon sprechen, dass für rechtsgeschäftliche

bis es sich entscheidet, ob der Mann nachträglich seine Genehmigung erteilt (negotium claudicans).

1) Vgl. dazu Zachariae v. Lingenthal, a. a. O. Bd. III p. 90: »Ehefrauen bedürfen in ihren Rechtsgeschäften der Autorisation des Mannes, wie auch die Vermögensverhältnisse der Eheleute bestimmt sein mögen«.

Schulden der Ehefrau die Haftung des Gesamtguts ausgeschlossen ist, weil nur hier überhaupt eine Schuld der Frau vorhanden ist¹⁾).

Alle Rechte, mögen sie nun das eine oder das andere System angenommen haben, lassen aber von der Regel, dass die Ehefrau das Gesamtgut nicht mit rechtsgeschäftlichen Schulden belasten kann, gewisse Ausnahmen zu. Sie betreffen solche Rechtsgeschäfte, welche die Ehefrau innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises oder bei Behinderung des Mannes in Vertretung desselben oder innerhalb eines von ihr mit Genehmigung des Mannes selbständig betriebenen Erwerbsgeschäftes abgeschlossen hat. Dass das Gesamtvermögen auch obligiert wird, wenn die Frau das Rechtsgeschäft im Auftrage oder mit Genehmigung des Mannes eingegangen ist, oder falls die Voraussetzungen der Haftbarkeit ex versione in rem vorliegen, ist wohl selbstverständlich. Alle diese Ausnahmen lassen sich in zwei Gruppen einordnen. In den beiden ersten und letzten der aufgezählten Fälle ist die Frau Stellvertreterin des Mannes, sie handelt also anstatt und im Namen desselben, und es ist so anzusehen, als ob er selbst die betreffende Rechtshandlung vorgenommen hätte. In dem dritten Falle hingegen handelt sie keineswegs als Vertreterin des Mannes, sondern selbständig für sich, allerdings mit der Berechtigung, das gemeinschaftliche Vermögen einseitig zu verpflichten. Von Bedeutung ist dieser Unterschied für die im zweiten Abschnitt zu besprechende Frage, inwieweit die Ehegatten für die Gesamtgutsverbindlichkeiten auch persönlich haften. Betrachten wir nunmehr die Fälle im einzelnen.

§ 7.

b. Schulden infolge der Schlüsselgewalt.

Nach deutschem Gewohnheitsrecht hat die Frau die sogenannte Schlüsselgewalt, d. i. die Befugnis und die Verpflichtung, die engere Hauswirtschaft zu führen. Kraft dieses Rechts

1) Vgl. das oben S. 9 über Schenkungsversprechen des Ehemannes Gesagte.

und nicht, wie manche annehmen¹⁾, kraft eines ausdrücklichen oder stillschweigenden Mandates des Ehemannes, das ja verweigert oder willkürlich zurückgenommen werden könnte, darf die Frau die für die Führung des Hauswesens und der Wirtschaft erforderlichen Verträge auch ohne Konsens des Mannes mit voller Wirksamkeit abschliessen, und es haftet das gemeinsame Vermögen gerade so, als ob der Mann selbst, als dessen Vertreterin die Frau ja in dieser Beziehung erscheint, die Schulden kontrahiert hätte. In welchem Umfange die Frau aus diesem Gesichtspunkte heraus das Gesamtgut verpflichten kann, ergibt sich einmal aus der allgemeinen Rechtsanschauung — das Gebiet der Haushaltungsgeschäfte in diesem Sinne ist durch Herkommen und Sitte wohl bestimmt genug abgegrenzt — andererseits aus den Bestimmungen der Partikularrechte²⁾, natürlich unter steter Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse, z. B. der socialen Stellung, der Vermögenslage der Ehegatten und dergl. Im allgemeinen gilt sie als befugt zum Einkauf von Lebensmitteln, Bekleidungsgegenständen für sich und die Kinder, von Schmuck und Putz innerhalb des standesgemässen Aufwandes, von gewissen Wirtschaftsgegenständen (Küchengerät z. B.) und zur Miete von Hausgesinde, während der Ankauf einer neuen Wohnungseinrichtung oder das Mieten einer Wohnung nicht mehr in den Kreis ihrer Befugnisse fallen, also auch für das Gesamtgut nicht verbindlich sein würde. Natürlich kommt es nur darauf an, ob die Geschäfte, für sich betrachtet, solche

1) Hierfür könnte allerdings der im älteren Rechte stattfindende symbolische Akt der Schlüsselübergabe sprechen, wodurch die Frau zur Verwaltung des Hauswesens berechtigt wird.

2) Lipp.-Detm. Verordnung enthält im § 11 No. 1 eine exemplifikative Aufzählung derjenigen Kontraktsschulden der Frau, für die das Gesamtgut haftet, mit Hinzufügung einer *clausula generalis*: »überhaupt in dergleichen häuslichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten kontrahieren, die sich nicht allgemein, sondern nur nach Beschaffenheit jeder Familie und ihrer Haushaltung bestimmen lassen«. A.L.R. II, 1, § 321: »hat jedoch die Frau zu gewöhnlichen Haushaltungsgeschäften oder Nothdürften, Waaren oder Sachen auf Borg genommen, so muss der Mann dergleichen Schuld als die seinige anerkennen«. Also nur Naturalien, nicht Geld! cf. auch Seufferts Archiv, Bd. 14, No. 98.

sind, wie sie eine Ehefrau zum Zwecke der Führung des Haushalts schliesst, nicht darauf, ob sie wirklich zu diesem Zwecke geschlossen sind, da dem Drittkontrahenten eine Prüfungspflicht in dieser Richtung unmöglich zugemutet werden kann.

Wenn nun auch die Schlüsselgewalt der Frau nicht auf dem Willen des Mannes beruht, sondern ihr kraft eigenen Rechtes zusteht, so darf der Mann doch, falls sie ihre Haushaltungsbefugnis missbraucht, z. B. gegen seinen Willen handelt, oder sich weigert, ihm Rechnung zu legen, ihr die Berechtigung zur Wirtschaftsführung entziehen. Allein die jetzt noch von der Frau abgeschlossenen Verträge verbinden das Gesamtgut nur dann nicht, wenn eine gerichtliche Bekanntmachung der Entziehung erfolgt war oder dem dritten Kontrahenten Kenntnis der Sachlage¹⁾ nachgewiesen werden kann.

§ 8.

c. Schulden infolge des Notverwaltungsrechts.

Ausser diesem beschränkten, der Frau kraft der Schlüsselgewalt normaler Weise stets zustehenden Rechte, das gemeinschaftliche Vermögen mit Schulden für das Gebiet des inneren Hauswesens zu belasten, erhält sie unter gewissen Voraussetzungen die viel umfassendere Berechtigung, Gesamtgutsverbindlichkeiten jeder Art einzugehen, und zwar dann, wenn der Mann an der Verwaltung des Vermögens und der Sorge für die Bedürfnisse der Ehe dauernd verhindert ist. In solchen Fällen geht die ausgedehnte Verfügungsgewalt des Mannes auf die Frau über, welche nun im Interesse der ehelichen Gemeinschaft mit Rücksicht auf die Verwaltung gänzlich an seine Stelle tritt. Allerdings wird dies von Runde²⁾ bestritten. Er will ihr nämlich keine weitergehenden Befugnisse einräumen, als die eines jeden anderen negotiorum gestor, weil es an einem Rechtsgrunde fehle, um anzunehmen, das vereinte Gut gehe durch solche Umstände ipso jure aus

1) A.L.R. II, 1, § 323. Gössmann, a. a. O., p. 167. Beck, a. a. O., p. 224, 225. Sächs. Gesetzbuch § 1645.

2) Runde, deutsches eheliches Güterrecht, p. 100.

der Hand des Mannes in die ihrige über, vielmehr müsse von der Obrigkeit eine Kuratel über das vereinte Vermögen zu zweckmässigster Verwaltung angeordnet werden. Phillips¹⁾ zieht nun jenen Rechtsgrund aus der Analogie der sogenannten fortgesetzten Gütergemeinschaft; denn der Mann sei in solcher Lage gleichsam pro mortuo zu halten, und es müsse daher wenigstens dort, wo fortgesetzte Gütergemeinschaft gelte, die Frau dieselben Rechte, wie beim faktischen Tode des Mannes erlangen. Falck²⁾ hingegen meint — wenigstens für den Fall der Abwesenheit des Mannes —, dass die Frau als mit einem stillschweigenden Auftrag versehen zu betrachten sei, in allen häuslichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten seine Stelle zu vertreten, falls er für die Zeit seiner Abwesenheit keine andere Verfügung getroffen habe. Wie weit indess diese Befugnis sich erstrecke, ist ihm nicht ganz unzweifelhaft; jedoch müsse auf alle gerichtlichen und aussergerichtlichen Geschäfte, durch welche die ordentliche Fortführung der Wirtschaft bedingt ist, das *mandatum praesumptum* der Ehefrau bezogen werden³⁾.

Wie man sich aber auch zu dieser Kontroverse stellen mag, für eine Reihe von Partikularrechten ist die Sache zweifellos, weil diese der Frau für Behinderungsfälle des Mannes wirklich die Befugnisse desselben einräumen. Als ein derartiger Fall gilt in erster Linie dauernde Abwesenheit des Mannes, für welche er keine Anordnung hinterlassen hat. Andere Gründe, wie anhaltende Krankheit, Geistesschwäche, Prodigialitätserklärung werden der Abwesenheit gleichgestellt. So verordnet das A.L.R. in dem im § 389 citierten § 326⁴⁾:

»Hat der Mann sich entfernt, ohne wegen des Unterhalts seiner Familie oder des Betriebes seines Gewerbes hinreichende Verfügung zu treffen, so muss er diejenigen

1) Phillips, die Lehre von der ehelichen Gütergemeinschaft mit besonderer Rücksicht auf preussisches provinzielles und allgemeines Recht, p. 167.

2) Falck, Handbuch des Schleswig-Holsteinschen Privatrechts, Bd. 4, p. 400.

3) cf. zu dieser Frage auch Seufferts Archiv, Bd. 38, No. 135.

4) oben S. 15.

Schulden, welche die Frau zu solchem Behufe hat aufnehmen müssen, als die seinigen anerkennen«, und im § 327:

»Ein Gleiches findet statt, wenn der Mann durch eine anhaltende Krankheit völlig ausser Stand gesetzt wird wegen Unterhalt der Hauswirtschaft oder zum Betriebe seines Gewerbes die nötigen Verfügungen zu treffen«.

Auch die Lippe-Detmoldsche Verordnung (§ 11 No. 4. 5) erklärt die bei langer Abwesenheit des Mannes aus Not, ihres Unterhalts halber oder zum Besten der Familie von der Frau abgeschlossenen Kontrakte zu Sammtgutsverbindlichkeiten¹⁾.

Noch einen weiteren Grund für die Berechtigung der Frau zur gewöhnlichen und ordentlichen Vermögensverwaltung enthält das westfälische Gesetz vom 16. April 1860 (§ 5). Diese tritt darnach nämlich auch dann ein, wenn der Mann sich seit mindestens drei Monaten in Untersuchungshaft befindet, und zwar von diesem Zeitpunkt an, oder wenn er zu einer längeren als dreimonatlichen Strafe verurteilt ist, und zwar vom Augenblicke des Beginns der Strafhaft an.

In einem Punkte weichen übrigens diese Partikularrechte vielfach untereinander ab, indem nach einigen die Befugnis ohne weiteres auf die Frau übergeht, nach anderen aber eine obrigkeitliche Uebertragung gefordert wird. Der code civil z. B. (Art. 221. 222) schreibt »l'autorisation du juge« vor. Das westfälische Gesetz vom 16. April 1860 verlangt entweder Uebertragung durch das Vormundschaftsgericht oder Rechtskraft des Erkenntnisses, welches den Mann unter Vormundschaft stellt. In dem oben erwähnten Falle (Freiheitsstrafe, Untersuchungshaft) tritt die Berechtigung ipso jure ein.

Auch der Entwurf kennt im Anschluss an die Partikularrechte dieses sogenannte Notverwaltungsrecht der Frau. Sie kann darnach alle auf das Gesamtgut sich beziehenden Rechtsgeschäfte vornehmen bzw. Rechtsstreitigkeiten führen, wenn

1) Aehnliche Bestimmungen trifft das Sächs. Gesetzb. §§ 1642, 1643; Lippstädter Statut § 2: »in casu prodigialitatis vel defectus intellectus gebührt der Frau die Verwaltung«; die Rechte von Osnabrück, cf. Petersen, a. a. O., p. 108, von Bremen cf. Post, a. a. O., p. 51; cf. auch Neubauer, a. a. O., p. 140.

der Mann durch Krankheit oder Abwesenheit verhindert ist (§ 1433). Dabei ist es einerlei, ob sie im Namen des Ehemanns oder im eigenen Namen auftritt; denn auch im letzteren Falle sollen die ihr erwachsenden Verpflichtungen, wie sich aus § 1443 ergibt, unmittelbar als Gesamtgutsverbindlichkeiten behandelt werden. Nur darin unterscheidet sich der Entwurf von den meisten der geltenden Gütergemeinschaftsrechte¹⁾, dass jene nicht nur in Notfällen, sondern unbedingt, wenn eine Vormundschaft oder Abwesenheitspflegschaft über den Ehemann angeordnet ist, das Verwaltungsrecht in Ansehung des Gesamtguts der Frau unter Ausschluss des Vormundes oder Pflegers einräumen, während nach dem Entwurf die Frau nur dann gültig Gesamtgutsschulden kontrahieren kann, wenn mit dem Aufschub Gefahr verbunden ist. Die Gründe, welche den Entwurf dazu bestimmt haben, sich dem von jenen Rechten eingeschlagenen Weg nicht anzuschliessen, liegen nach den Motiven in der Erwägung, dass die Frau, falls sie zur Verwaltung geeignet ist, schon von selbst vom Gericht als Vormund bestellt werden wird, dass es aber, wenn sie dazu ungeeignet ist, ihrem eigenen Interesse wie dem des Ehemannes mehr entspricht, dass die Verwaltung nicht ipso jure auf sie übergeht, sondern dass ein geeigneter Vormund oder Pfleger bestellt wird, und dass sie nur bis dahin die keinen Aufschub duldenden Geschäfte eingehen kann.

§ 9.

d. Schulden infolge Auftrags, Genehmigung, Einwilligung des Mannes bzw. infolge unbeauftragter Geschäftsführung oder Bereicherung des Gesamtguts.

Obwohl es sich eigentlich von selbst versteht, so wollen wir doch der Vollständigkeit halber kurz erwähnen, dass auch diejenigen rechtsgeschäftlichen Schulden der Frau auf dem Gesamtvermögen lasten, zu welchen der Ehemann einen Auftrag erteilt oder die er ex post ratihabiert hat, oder die er

1) westfäl. Ges. v. 16. April 1860, § 4; Lippe-Detmold'sche Verordnung § 10; sächs. Gesetzb. §§ 1700, 1701.

nach den Vorschriften der *negotiorum gestio* gegen sich gelten lassen muss; denn materiell sind es ja seine Verbindlichkeiten und begründen somit die Haftung des Gesamtguts. Ebenso liegt die Sache natürlich, wenn die Bedingungen der Haftbarkeit aus dem Gesichtspunkt der *in rem versio* vorhanden sind¹⁾. Das französische Recht zeigt allerdings insofern eine Abweichung, als eine Rechtshandlung der Frau, welche als *negotiorum gestio* betrachtet werden muss, keine Gemeinschaftsschuld erzeugt. So kann die Frau z. B. nach Art. 1427 *code civil* ohne die Autorisation des Mannes nicht einmal zu dem Zwecke sich und die Gemeinschaft verpflichten, um ihn aus der Haft zu befreien oder die gemeinschaftlichen Kinder auszustatten. Nur eine *in rem versio* ist hinreichend, die Gemeinschaft mit einer Schuld zu belasten, welche die Frau ohne Autorisation eingegangen ist.

Da ferner der Frau alle ihre Rechte am Gesamtgut, solange die Ehe dauert, nur zu Gunsten des Mannes entzogen sind, so kann sie dieselben mit seiner Einwilligung natürlich alle rechtsgültig ausüben. Nur die Frage kann zu Zweifeln Anlass geben, ob der Ehemann bei der Erteilung der Einwilligung oder Genehmigung zu einem einzelnen Rechtsgeschäft der Frau die Haftung des Gesamtguts mit Wirksamkeit gegen Dritte ausschliessen kann. Dass er dies durch Vertrag mit dem Dritten erreichen kann, ist klar; aber auch dann muss man nach allgemeinen Grundsätzen annehmen, dass eine Haftung nicht eintritt, wenn er seine Einwilligung bezw. Genehmigung nur unter der Bedingung erteilt hat, dass jene Haftung ausgeschlossen werde. Handelt es sich aber um die Einwilligung zum selbständigen Betriebe eines Handelsgeschäftes durch die Ehefrau, so ist eine solche Beschränkung der Haftung mit dem Gesamtgut Dritten gegenüber völlig wirkungslos, was sich aus der Bestimmung des Art. 8 Abs. 2 H.G.B. ergibt, eine Bestimmung, die mit Rücksicht auf die Verkehrssicherheit gewiss als absolute angesehen werden muss.

1) A.L.R. §§ 324, 334.

§ 10.

e. Schulden infolge eines mit Einwilligung des Mannes betriebenen Handels- oder sonstigen Gewerbes.

Hiermit sind wir nun zugleich bei dem letzten der oben aufgezählten Fälle, welche eine Ausnahme von der Regel bilden, dass die Frau durch ihre Kontrakte das Gesamtgut nicht belasten kann, angelangt. Hat nämlich eine in Gütergemeinschaft lebende Ehefrau Kaufmannsqualität, so haftet für ihre Handelsschulden auch das gemeinschaftliche Vermögen. Schon von jeher haben die deutschen ehelichen Güterrechte den gewerbetreibenden Ehefrauen, insbesondere den Handelsfrauen eine selbständigere Stellung gewährt, insofern als die im Betriebe des Gewerbes abgeschlossenen Rechtsgeschäfte solcher Ehefrauen selbst von denjenigen Rechten, welche im allgemeinen für Kontraktobligationen der verheirateten Frauen den Grundsatz der Nichtigkeit aufstellen, als gültig, von allen Gütergemeinschaftsrechten aber als unbedingt verbindlich für das Gesamtgut angesehen wurden. Im Einklang damit ist dann eine gemeinrechtliche Regelung dieses Gegenstandes durch das Handelsgesetzbuch und die Gewerbeordnung erfolgt, so dass ein Eingehen auf die Vorschriften der Partikularrechte sich erübrigt. Der Art. 8 H.G.B. bestimmt, dass eine Ehefrau, welche Handelsfrau ist, sich durch Handelsgeschäfte gültig verpflichten kann, und dass für diese Verpflichtungen, soweit Gütergemeinschaft besteht, auch das gemeinschaftliche Vermögen haftet. Eine Ehefrau kann aber nach Art. 7 Abs. 1 nur dann Handelsfrau sein, wenn der Mann seine Zustimmung zum Handelsbetriebe erteilt, nebenbei bemerkt im Gegensatz zu früheren Partikularrechten¹⁾, ohne Unterschied, ob der Mann irgendwelche durch die Ehe begründeten Rechte am Frauenvermögen hat, oder ob die Gatten in vollständiger Gütertrennung leben, vermutlich, weil die Ergreifung eines eigenen, die Frau der Häuslichkeit entfremdenden Lebensberufes ein so schwerwiegender Schritt ist, dass dem Mann die Einwirkung darauf nicht versagt werden soll, auch wenn er vermögens-

1) cf. Stobbe, deutsches Privatrecht, Bd. 4, p. 150 n. 17.

rechtlich nicht dadurch berührt wird. Die Einwilligung des Mannes braucht nun nicht ausdrücklich, sondern kann auch stillschweigend durch konkludente Handlungen geschehen. Als Hauptfall der stillschweigenden Einwilligung hebt das Gesetz hervor: wenn die Frau mit Wissen und ohne Einspruch ihres Mannes Handel treibt, wobei dem Wissen das Wissenmüssen gleichzustellen ist. Diese Vorschrift des Gesetzes wird durch die Rücksicht auf die Sicherheit des Verkehrs erfordert und verletzt die Rechte des Ehemannes nicht, weil die Unterlassung des Widerspruchs entweder wirklich in der Absicht der Einwilligung erfolgt oder eine Nachlässigkeit enthält, deren Folgen nicht den Gläubiger, sondern ihn treffen müssen. Die erteilte Einwilligung ist genereller Art, sie umfasst daher alle aus Handelsgeschäften der Frau erwachsenden Verbindlichkeiten; ja das Gesamtgut wird sogar dann verpflichtet, wenn der Mann das einzelne Geschäft verboten hat, sofern er nur nicht seine Genehmigung zum Handelsbetriebe überhaupt zurückgenommen hat. Da sich ferner eine Handelsfrau nach Art. 6 Abs. 2 inbetreff ihrer Handelsgeschäfte nicht auf die Wohlthaten berufen darf, welche durch die Gesetze den Frauen und den Ehefrauen insbesondere (z. B. durch das *Senatus consultum Vellejanum* und die *authentica si qua mulier*) eingeräumt sind, so sind auch derartige Schulden, weil gültig, Gesamtgutsverbindlichkeiten. Dass es gleichgültig ist, ob die Frau das Handelsgewerbe in eigener Person oder durch einen Vertreter, allein oder in Gemeinschaft mit anderen betreibt, insofern sie nur selbst in der Geschäftsinhaberschaft steht und nicht bloss in der Stellung eines Prokuristen, Bevollmächtigten oder Gehilfen thätig ist, folgt zwar schon aus dem Kaufmannsbegriff, wird aber im Art. 6 Abs. 3 noch ausdrücklich hervorgehoben. Leistet z. B. die Ehefrau eines Kaufmanns ihrem Gatten nur thatsächlich Beihülfe in seinem Handelsgewerbe, so richtet sich das Mass der die Gütergemeinschaft treffenden Verbindlichkeiten nach den besonderen Umständen des Falls, und es kommt darauf an, ob nach allgemeinen Grundsätzen eine Haftung des Ehemannes als Prinzipals begründet ist. Die einmal erteilte Einwilligung ist übrigens jederzeit widerruflich (Argument: Art. 7 Abs. 1: »Eine Ehefrau kann

ohne Einwilligung ihres Ehemannes nicht Handelsfrau sein«), doch wirkt der Widerruf gemäss dem Prinzip des Schutzes des bonae fidei Verkehrs gegenüber Dritten nur, wenn ihnen Kenntnis desselben nachgewiesen werden kann, bzw. wenn ihre Unkenntnis eine selbstverschuldete war (sie haben z. B. das betreffende Zirkular ungelesen in den Papierkorb geworfen).

Auch die Gewerbeordnung (§ 11) gewährt den Ehefrauen das Recht, selbständig ein Gewerbe zu betreiben und darin gültige Rechtsgeschäfte abzuschliessen; dagegen fehlt es dort an einer dem Art. 7 Abs. 1 H.G.B. entsprechenden Vorschrift. Es ist daher anzunehmen, dass die familienrechtliche Frage, inwieweit eine Ehefrau dem Manne gegenüber befugt oder nicht befugt ist, ohne seine Genehmigung ein Gewerbe zu betreiben, nach Partikularrecht zu beurteilen ist. Während daher die Sätze der Gewerbeordnung über die rechtliche Stellung der Gewerbefrauen überhaupt für alle Frauen, »welche selbständig ein Gewerbe treiben«, in Anwendung kommen, gleichviel ob es mit oder ohne Zustimmung des Ehemanns geschieht, ist die Frage, ob die ohne Einwilligung ein Gewerbe betreibenden Ehefrauen durch ihre Gewerbegeschäfte, die ja nach Reichsrecht stets gültig sind, auch das Gemeinschaftsvermögen belasten, nach den partikularrechtlichen Grundsätzen über die Haftung für die einseitig kontrahierten Schulden der Frau zu entscheiden, also regelmässig zu verneinen. Hat der Mann seine Genehmigung erteilt, so haftet allerdings das Gesamtgut, da in derselben ein Verzicht auf die eheherrlichen Rechte gegenüber den Gläubigern gefunden werden muss¹⁾.

§ 11.

f. Die Stellung des Entwurfs zu den rechtsgeschäftlichen Schulden der Frau.

Betrachten wir nun noch die Vorschriften, welche der Entwurf über die Haftung des Gesamtguts für kontraktliche Schulden der Ehefrau enthält. (Seine Stellungnahme zu dem Notverwaltungsrecht der Frau haben wir übrigens bereits er-

1) cf. übrigens Mandry im Archiv für civilistische Praxis, Bd. 59, p. 289ff.

örtert.) Der Entwurf hält gemäss der in den reichsgesetzlichen Bestimmungen des H.G.B. Art. 7—9, der Gew.-Ord. § 11, der C.P.O. § 51 Abs. 2 hervortretenden Tendenz daran fest, dass die Ehefrau als solche in der Geschäftsfähigkeit nicht beschränkt ist, da, wie die Motive ausführen, ein dringendes praktisches Bedürfnis, die an sich geschäftsfähige Ehefrau mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des ehelichen Güterrechts gegen die aus der Anerkennung ihrer Verpflichtungen sich ergebenden Gefahren zu schützen, nicht vorliegt, obwohl es zugegeben werden muss, dass die Verpflichtungsfähigkeit der Ehefrau, zumal wenn die Gläubiger erst Aussicht haben, nach Auflösung der Ehe befriedigt zu werden, zu ihrer wucherischen Ausbeutung Veranlassung geben und dass es zu traurigen Folgen führen kann, wenn nach Auflösung der Gütergemeinschaft die Gläubiger wegen der ohne Einwilligung des Ehemannes eingegangenen Verbindlichkeiten sich auf das ihr zufallende Vermögen stürzen können. Allein diese Erwägungen werden von den Motiven nicht für durchschlagend erachtet, um das grosse Prinzip der Geschäftsfähigkeit der Ehefrau zu durchbrechen; vielmehr verlangen die besonderen Verhältnisse der Gütergemeinschaft nur einen Schutz der Rechte des Ehemannes gegen Gefahren, welche ihm erwachsen würden, wenn die Frau ohne seine Zustimmung über die Gemeinschaftsmasse direkt oder indirekt verfügen könnte. Diesem Interesse des Ehemannes kann in ausreichender Weise schon dadurch Rechnung getragen werden, dass die Verfügungsgewalt der Ehefrau in Ansehung des Gesamtguts beschränkt wird.

Im § 1443 finden wir demnach den Grundsatz ausgesprochen, dass das Gesamtgut für alle aus Rechtsgeschäften oder gerichtlichen Entscheidungen¹⁾ entstandenen Schulden der Frau, nur haftet, wenn der Ehemann in die Vornahme des Rechtsgeschäfts oder die Führung des Rechtsstreits eingewilligt bzw. dieselbe genehmigt hat. Dem stehen gleich

1) Für die Kosten eines Rechtsstreits der Frau haftet dagegen das Gesamtgut stets, auch dann, wenn das Urteil dem Gesamtgut gegenüber unwirksam ist (§ 1443, Abs. 2).

die Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften und Urteilen in solchen Fällen, in denen ausnahmsweise die Einwilligung des Ehemannes nicht erforderlich war. Unter diesen Fällen ist ausser dem bereits erörterten des § 1433 (Notverwaltungsrecht) und dem im § 1340 enthaltenen (Schlüsselgewalt) von Wichtigkeit der Fall des § 1435 (1388): »Erteilt der Mann der Frau die Einwilligung zum selbständigen Betriebe eines Erwerbsgeschäftes, so ist seine Zustimmung zu solchen Rechtsgeschäften und Rechtsstreitigkeiten nicht erforderlich, welche der Geschäftsbetrieb mit sich bringt«.

Mit dieser Bestimmung thut der Entwurf einen Schritt über die vom Handelsgesetzbuche und der Gewerbeordnung gegebenen Vorschriften hinaus. Denn der Begriff eines Erwerbsgeschäftes ist ein umfassenderer, als der des Handels- oder sonstigen Gewerbes. Jene beiden Gesetze mussten sich natürlich auf die Gegenstände, die durch sie geordnet werden sollten, also Handels- und Gewerbebetrieb, beschränken. Da aber die Gründe, welche dafür sprechen, der verheirateten Handelsfrau bzw. Gewerbefrau eine selbständigere Stellung zu geben, auch bei jedem anderen von der Ehefrau betriebenen Erwerbsgeschäfte, etwa bei einem künstlerischen oder wissenschaftlichen Berufe, welcher zugleich als Erwerbszweig dient (z. B. als Schauspielerin, Malerin) zutreffen, so ist es nur zu billigen, dass der Entwurf allen ein Erwerbsgeschäft ausübenden Ehefrauen gleiche Rechte einräumt.

Die rechtliche Bedeutung liegt vom Standpunkt des Entwurfs, nach welchem die Ehefrau ja, wie oben auseinandergesetzt, in ihrer Verpflichtungsfähigkeit nicht beschränkt ist, wesentlich darin, dass ihre Verbindlichkeiten aus den im § 1435 (1388) bezeichneten Geschäften und Urteilen Gesamtgutsverbindlichkeiten werden. Dies rechtfertigt sich ebenso, wie bei der entsprechenden Vorschrift des Handelsgesetzbuches, gleichmässig durch die Rücksicht auf den Kredit der Ehefrau, wie durch die Rücksicht auf die Sicherheit des Verkehrs, ohne andererseits die Interessen des Mannes, da dessen Einwilligung ja die Voraussetzung der Haftung bildet, zu verletzen. Den Kreis derjenigen einzelnen Rechtsgeschäfte, zu welchen eine Einwilligung des Ehemannes, falls er nur dem Betrieb des

Erwerbsgeschäftes als solchen zugestimmt hat, nicht erforderlich ist, begrenzt der Entwurf dahin, dass es darauf ankommt, ob der gestattete Geschäftsbetrieb die betreffenden Rechtsgeschäfte bzw. Prozesse mit sich bringt. Hierin sehe ich ein Zurückbleiben hinter den weitergehenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuches. Denn im Art. 8 H.G.B. wird allgemein von Handelsschulden der Ehefrau gesprochen. Ist nun eine Ehefrau einmal Handelsfrau, so bleibt sie eine solche nicht nur im Rahmen und für den Betrieb ihres einmal erwählten Geschäfts. Schliesst sie also Verträge ab, welche an sich der Betrieb ihres auf andere Geschäfte gerichteten Handelsgewerbes gar nicht mit sich bringen würde, ja die sogar für denselben ganz aussergewöhnlich sind, so haben dieselben dennoch verbindliche Kraft für das Sammtgut, sofern sie sie nur qua Kaufmann eingeht. Gemäss der Präsumtion des Art. 274 verbunden mit Art. 273 Abs. 1 muss man demnach sagen, dass alle ihre Rechtsgeschäfte als Handelsgeschäfte und somit die daraus entstehenden Verbindlichkeiten als Handelsschulden anzusehen sind und daher nach Art. 8 das gemeinschaftliche Vermögen verpflichten, falls es nicht zweifellos ist, dass sie dieselben nicht in ihrer Eigenschaft als Kaufmann abgeschlossen hat¹⁾. Demgegenüber wird nach dem Entwurf die Ehefrau, welcher vom Manne der Betrieb eines bestimmten Erwerbsgeschäftes gestattet ist nur alle gerade zu dieser Geschäftsart gehörenden Verträge mit Wirkung für das Sammtgut schliessen können, aber auch alle; denn eine Beschränkung des Kreises der Rechtsgeschäfte innerhalb des gestatteten Erwerbsgeschäftes etwa auf gewisse Kategorien durch den Ehemann dürfte nach aussen sicher ohne rechtliche Bedeutung sein. Die Zulässigkeit des Widerrufs der Einwilligung stellt der Entwurf ausdrücklich fest mit der Massgabe, dass aus demselben einem Dritten gegenüber Einwendungen gegen ein zwischen dem Dritten und der Frau vorgenommenes Rechtsgeschäft oder gegen ein zwischen ihnen ergangenes rechtskräftiges Urteil nur hergeleitet werden können, wenn zur Zeit

1) Diese Präsumtion des H.G.B. lässt das Reichsoberhandelsgericht Bd. 23, p. 400 auch für alle übrigen Gewerbefrauen gelten.

der Vornahme des Rechtsgeschäfts oder zur Zeit des Eintritts der Rechtshängigkeit der Widerruf im Güterrechtsregister des zuständigen Amtsgerichts eingetragen oder dem Dritten bekannt war (§§ 1435, 1388 Abs. 3, 1418).

Ein Wort müssen wir übrigens noch den Verbindlichkeiten widmen, welche der Ehefrau aus der Annahme einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses entstehen können. Während die geltenden Rechte meistens keine ausdrücklichen Bestimmungen enthalten¹⁾ und es daher bestritten ist, ob die Ehefrau ohne Einwilligung des Mannes eine Erbschaft anzunehmen und das gemeinschaftliche Vermögen mit den Nachlassschulden zu belasten befugt ist, erklärt der Entwurf eine Einwilligung für nicht erforderlich und lässt gleichwohl die Erbschaftsschulden zu Gesamtgutsverbindlichkeiten werden, ausgenommen natürlich, wenn die Erbschaft oder das Vermächtnis als Vorbehaltsgut der Frau erworben wird (§§ 1436, 1442, 1444). Es werden also die durch Erwerb von Todeswegen entstandenen Verbindlichkeiten der Frau anders behandelt, als die aus Rechtsgeschäften inter vivos herrührenden. In Bezug auf erstere bleibt es demnach bei dem Grundsatz der Gütergemeinschaft, dass auch auf die Schulden der Gatten sich die Gemeinschaft erstrecken soll. Doch ist durch die Vorschriften des Erbrechts Vorsorge getroffen, dass der Ehemann unabhängig von dem Willen der Ehefrau durch Geltendmachung des *beneficium inventarii* das Gesamtgut gegen einen überschuldeten Nachlass schützen kann (§ 1983). Für Vermächtnisse, auch wenn sie mit einer Verpflichtung belastet sind, gilt das Gleiche, wie für Erbschaften; denn auch hier ist der Mann durch die erbrechtlichen Vorschriften (§ 2161) vor Benachteiligung ausreichend gesichert.

Man würde übrigens, auch ohne dass der Entwurf jenen Satz (§ 1436) ausdrücklich ausspräche, zu demselben Resultat gelangen, wenn man erwägt, dass zwar die Annahme einer

1) Nach dem Code civil (Art. 217, 219, 1411—1418) hingegen kann die Frau ohne Zustimmung des Mannes eine Erbschaft nicht antreten. Dasselbe wird nach Osnabrückschem Rechte angenommen cf. Petersen, a. a. O., p. 381. Hinsichtlich des Fuldaischen Rechts cf. Gössmann, a. a. O., § 44a.

Erbschaft, soweit dieselbe auf einer Willenserklärung beruht, ein Rechtsgeschäft ist (§ 1919), dass aber der Entwurf das Prinzip des ipso jure-Erwerbs einer Erbschaft angenommen hat (§ 1918), sodass die infolge eines solchen Erwerbs die Ehefrau treffenden Verbindlichkeiten für sie nicht erst durch die Annahme-Erklärung begründet werden und deshalb nicht als Verbindlichkeiten aus einem Rechtsgeschäft, sondern als solche ex lege anzusehen sind.

Aus der obigen Darstellung ergibt sich, dass die zur Zeit in Geltung befindlichen, auf dem Boden der allgemeinen Gütergemeinschaft stehenden Rechte in Bezug auf die Frage, ob eine Verbindlichkeit der Ehegatten auf dem Gesamtgut lastet, grosse Verschiedenheiten aufweisen. Vergleicht man den Zustand des gegenwärtig bestehenden Rechts mit den aus den prinzipiellen Grundgedanken der allgemeinen Gütergemeinschaft¹⁾ sich ergebenden äussersten Konsequenzen, so zeigt sich, dass die Konsequenzen für den Ehemann überwiegend festgehalten sind, d. h. dass das gemeinschaftliche Vermögen im wesentlichen alle Funktionen des Vermögens des Ehemannes hat, dass dagegen rücksichtlich der Ehefrau die grössten Abweichungen und Schwankungen vorkommen. Auch der Entwurf hat von einer vollständigen Durchführung jener Konsequenzen insoweit Abstand nehmen müssen, als es zum Schutze der Rechte des Ehemannes als des Familienhauptes erforderlich war. Er hat daher eine Beschränkung der Verfügungsgewalt der Ehefrau in Ansehung des Gesamtguts eintreten lassen, sodass, von Ausnahmefällen abgesehen, ihre rechtsgeschäftlichen Schulden für das Gesamtgut unverbindlich sind. Dahingegen hat er, abweichend von den in den meisten Gebieten des heutigen Rechts geltenden Grundsätzen, ihre Geschäftsfähigkeit nicht beschnitten, sondern auch ihre Kontraktobligationen durchaus für gültig erklärt. Somit ist gegenüber dem im grösseren Teile Deutschlands herrschenden Rechtszustande in dem Entwurf ein Fortschritt zu grösserer Freiheit und Selbstständigkeit der verheirateten Frau zu erblicken.

1) s. oben S. 4.

Zweiter Abschnitt.

Persönliche Haftung der Ehegatten.

§ 12.

I. Während der Dauer der Gemeinschaft.

Während sich unsere bisherige Erörterung lediglich mit der Frage beschäftigt hat, welche Schulden der Gatten das Gesamtgut verbinden, müssen wir jetzt noch untersuchen, ob und inwieweit ein Ehegatte — zunächst während bestehender Gemeinschaft — für die Schulden des anderen, sofern dieselben Gesamtgutsverbindlichkeiten sind, ausser mit dem Gesamtgut auch persönlich haftet, eine Frage, welche während bestehender Gemeinschaft nur dann von praktischer Bedeutung ist, wenn der Gatte sogenannte Propergüter, d. h. nicht zur Gemeinschaft gehörendes Vermögen, besitzt. Nichts besonderes bieten natürlich diejenigen Schulden, welche nicht zu den Gesamtgutsverbindlichkeiten zählen, insoweit sie überhaupt gültig sind, was ja, wie oben bereits dargelegt¹⁾, bei einseitig während der Ehe eingegangenen Kontraktobligationen der Frau nach vielen Rechten nicht der Fall ist. Die Gläubiger solcher Forderungen können eben während bestehender Gütergemeinschaft nur aus etwaigem Propergut ihre Befriedigung erlangen, im übrigen müssen sie sich bis zur Auflösung des Gemeinschaftsverhältnisses vertrösten.

Aus dem Wesen der allgemeinen Gütergemeinschaft kann eine über das Gesamtgut hinausgehende Haftung des einen Ehegatten für die Verbindlichkeiten des anderen nicht abgeleitet werden; denn es ist kein Grund vorhanden, weshalb die ausserhalb der Gemeinschaft bleibenden Aktiva des einen Gatten zur Deckung für die in die Gemeinschaft fallenden Passiva des anderen dienen sollten. Daher weichen denn auch die geltenden Rechte in dieser Hinsicht vielfach von einander ab, zum Teil aber enthalten sie überhaupt keine ausdrücklichen Vorschriften. Viele Rechte behandeln in der hier fraglichen Beziehung den Mann anders als die Frau, indem sie eine persönliche Haftung des Mannes für die Ge-

1) S. oben S. 18.

sammtgutsverbindlichkeiten der Frau, nicht aber umgekehrt eine solche Haftung der letzteren für die Gesamtgutsverbindlichkeiten des Ehemannes — während der Dauer der Ehe — eintreten lassen. Die innere Rechtfertigung dieser durch das positive Recht getroffenen Gestaltung liegt darin, dass dem Manne ja in ausgedehntestem Masse das Verfügungsrecht zusteht, während die Frau durante matrimonio eine so passive Stellung einnimmt, dass für sie fast keine Möglichkeit, einen Einfluss auf die Verwaltung des Gesamtguts auszuüben, vorhanden ist. Wird nun zwar auch ihr in die Gemeinschaft fallendes Vermögen dieser fast schrankenlosen Verfügungsgewalt des Mannes anvertraut, so ist ihm doch ein unbeschränktes Recht, sie persönlich mit Schulden zu belasten, billigerweise nicht einzuräumen. Hierfür könnte man auch nicht etwa die Analogie eines *societas omnium bonorum*, bei welcher einer der Gesellschafter zum Geschäftsführer vertragsmässig bestellt ist, heranziehen, da die Dispositionsgewalt des Mannes ja nicht auf einem ihm von der Frau — vielleicht stillschweigend — erteilten generellen Auftrage, sie in allen vermögensrechtlichen Angelegenheiten zu vertreten, sondern auf seiner überwiegenden Stellung in der Ehe beruht. Diese hat zwar nach deutschrechtlichen Grundsätzen zur Folge, dass die »in seiner Gewere« befindlichen Güter dem Angriffe seiner Gläubiger ausgesetzt sind, sie ermächtigt ihn aber nicht, die Frau ohne ihre Zustimmung über den Bestand und das Mass des seiner Herrschaft unterstellten ehelichen Gemeinguts hinaus obligatorisch zu verpflichten. Es ist eben in dieser beschränkten Haftung der Ehefrau für die Schulden des Ehemannes nur eine durch die Billigkeit geforderte Ausgleichung für die so ungleiche Berechtigung der Ehegatten zu erblicken.

Anders liegt dagegen die Sache in Ansehung des Mannes. Zwar kann es unter Umständen zu Härten führen, wenn man ihn persönlich für alle Gesamtgutsverbindlichkeiten der Frau aufkommen lässt, namentlich wenn der Betrag der vorehelichen Schulden der Frau ein erheblicher ist und der Mann keine Kenntnis von demselben gehabt hat, doch steht auf der anderen Seite sein fast unbeschränktes Verfügungsrecht über

das Gesamtgut, welches er ohne das Korrektiv der persönlichen Haftung zum Nachteil der Frau dazu benutzen könnte, seine eigenen Schulden aus dem Gesamtgut zu bezahlen, die Schulden der Frau aber unbezahlt zu lassen oder auf sein etwaiges Sondergut Verwendungen aus dem Gesamtgute zu machen und den Gläubigern der Ehefrau auf diese Weise Bestandteile des letzteren als Objekt ihrer Befriedigung zu entziehen oder wenigstens ihre Befriedigung aus demselben zu erschweren.

Jedoch weisen die einzelnen Rechte viele Abweichungen von diesen Grundsätzen auf. Anlangend zunächst die vorehelichen Schulden, so beschränkt sich nach dem A.L.R. II, 1, § 391 die Haftung sowohl für den Ehemann als die Ehefrau auf das gemeinschaftliche Vermögen. Persönlich verpflichtet ist hier nur derjenige Gatte, welcher die Schulden mit in die Ehe gebracht hat. Dasselbe wird auch für verschiedene andere Rechtsgebiete angenommen. Nach Post a. a. O. haftet im bremischen Recht Sondergut der Frau nicht für voreheliche Schulden des Mannes (p. 41) und umgekehrt Sondergut des Mannes nicht für voreheliche Schulden der Frau (p. 42).

Das Gleiche gilt nach dem Rechte der Stadt Verden. In dem Vergleich vom 21. Mai 1729 heisst es: . . . »der überlebende Ehegatte jedoch ohne seinen besonderen Consens und Uebernehmung des zuerst versterbenden ante contractum matrimonium schon gehabtten Schulden de suo zu zahlen, nicht gehalten sein solle«. Hier ist zwar nur davon die Rede, dass im Falle einer durch den Tod gelösten Ehe der Ueberlebende nicht de suo, d. h. aus seinem Sondergute zu zahlen brauche, allein diese Beschränkung der Haftpflicht auf das Gesamtgut wird in Verden ebenso schon durante matrimonio zugestanden, da »es sich widersprechen würde, den Ehegatten unbedingt während der Ehe auch mit dem Sondergute haften zu lassen, während er nach Lösung derselben und nach hinzutretender Beerbung des anderen von letzterer Haftung befreit werden müsste«¹⁾.

1) cf. Ritter, Die Statuten der Stadt Verden. Neues Magazin für Hannov. Recht, Bd. 8, p. 347 ff.

Die bairischen Statuten lassen es zwar zum Teil an der nötigen Klarheit fehlen, da die von ihnen gebrauchten Ausdrücke meist mehrfach gedeutet werden können, sodass infolgedessen auch in der Praxis ein Auseinandergehen zu bemerken ist, doch wird man zumeist aus ihren Bestimmungen nur eine Haftung des Gesamtguts entnehmen können und den nichtschuldnerischen Gatten von einer weitergehenden Verpflichtung entbinden müssen. Einige Statuten schreiben aber eine persönliche Haftung des letzteren vor, allerdings ausdrücklich nur für die während der Ehe entstandenen Verbindlichkeiten, welchen aber die bairischen Statuten stets die vorehelichen gleichstellen¹⁾. Ein Unterschied zwischen Ehemann und Ehefrau wird dabei nicht gemacht. Dagegen haftet nach französischem Recht nur der Ehemann während der Ehe für die der Gemeinschaft zur Last fallenden vorehelichen Schulden der Ehefrau persönlich, während umgekehrt eine persönliche Haftung der letzteren für die vorehelichen Schulden des Ehemannes nicht stattfindet. In dem von uns schon citierten Handbuch des französischen Civilrechts von Zachariae v. Lingenthal heisst es:

»Da der Mann der Herr der Gemeinschaft ist, gleich als ob diese ein Bestandteil seines Vermögens wäre, so sind auch von der anderen Seite alle Schulden, welche Schulden der Gemeinschaft sind, zugleich persönliche Schulden des Mannes. Sie haben diese Eigenschaft propter confusionem inter patrimonium mariti et communionem«. (Bd. 3, p. 241).

Es steht demnach den Gläubigern derjenigen vorehelichen Schulden der Frau, welche nach Art. 1409, No. 1, Code civil Gemeinschaftsschulden sind, frei, dieselben während der Dauer der Gemeinschaft sowohl aus dem Gesamtgute, als auch aus dem Sondervermögen des Mannes beizutreiben. Und zwar ist die persönliche Haftung des letzteren nicht etwa bloss auf

1) cf. auch Roth, Bairisches Civilrecht, p. 382 f. — Nach der fränkischen L.G.O. haftet jeder Gatte für die durch das gemeinschaftliche Vermögen nicht gedeckten Schulden zur Hälfte. Hier ist also zwar persönliche, aber ratierliche, nicht solidarische Haftung vorgesehen.

die Hälfte der Schuld beschränkt (pro rata), sondern geht in solidum ¹⁾).

Für die während der Ehe entstandenen Gesamtgutsverbindlichkeiten der Frau haftet der Ehemann nach A.L.R. persönlich und solidarisch neben der Frau, wenn er in die Kontrahierung derselben gewilligt hat, es müsste denn sein, dass er sich bei Erteilung seines Konsenses gegen die Selbsthaftung ausdrücklich verwahrt habe (§ 389; §§ 329, 330). Obwohl der § 329 weiter nichts als die Einwilligung des Mannes verlangt, so ist doch noch als eine weitere Voraussetzung seiner persönlichen Haftung zu erfordern, dass die Schulden nicht in Ansehung desjenigen Vermögens gemacht sind, dessen Einkünfte sich die Frau vorbehalten hat, und zwar folgt dies aus §§ 335—337, welche den Eintritt der Mithaftung des Mannes für die Schulden der Frau in einem mit seiner Zustimmung betriebenen Gewerbe davon abhängig machen, dass die Einkünfte aus demselben in das Gemeinschaftsvermögen fallen. Es soll also der Mann trotz seiner Einwilligung nur haften, wenn er auch die Vorteile mitgeniesst. Dies, was im § 337 mit klaren Worten ausgesprochen ist, berechtigt zu einem Rückschluss auf den Sinn des § 329, für den konsequenterweise dasselbe gelten muss ²⁾. Nach französischem Rechte begründet die Zustimmung des Mannes zu der Eingehung einer Verbindlichkeit von seiten der Ehefrau unbedingt die persönliche Haftung des ersteren (Art. 1419 Code civil). Es verhält sich also mit diesen Verbindlichkeiten nicht anders, als mit den vorehelichen Gemeinschaftsschulden der Frau; überhaupt machen die meisten Rechte, wie sie ja sonst voreheliche und eheliche Schulden identisch behandeln ³⁾,

1) Nach dem Oldenburgischen Gesetz betr. das eheliche Güterrecht vom 24. April 1873 haftet der Ehemann für die vorehelichen Schulden der Ehefrau mit seinem eigenen Vermögen ebenso, wie für seine eigenen Verbindlichkeiten (Art. 26, § 2 verbunden mit Art. 9, No. c). — Obwohl dies Gesetz nicht auf dem Boden der allgemeinen Gütergemeinschaft steht, so können wir seine Bestimmungen über die hier zur Erörterung stehende Frage dennoch zum Vergleich heranziehen.

2) cf. R.G. Bd. 16, p. 259 f.

3) S. aber die oben erwähnten Ausnahmen.

auch in Bezug auf die Frage der persönlichen Haftung zwischen beiden Arten keinen Unterschied ¹⁾).

Was die Handelsschulden einer verheirateten Frau anbelangt, so ist eine gemeinrechtliche Regelung der persönlichen Haftung des Mannes für dieselben nicht erfolgt. Vielmehr ist diese Frage nach den Landesgesetzen zu beurteilen (Art. 8, Abs. 2 a. Ende, H.G.B.), welche dieselbe verschieden beantworten. Das A.L.R. bestimmt in den eben allegierten §§ 335 bis 337, dass der Mann, wenn er der Frau ein eigenes Gewerbe zu führen gestattet und diese sich nicht die Einkünfte aus demselben ausdrücklich vorbehalten hat, für ihre Gewerbeschulden mitverhaftet ist ²⁾. Im Geltungsbereich des Code civil genügt die Einwilligung des Mannes zum Handelsbetriebe der Frau, um ihn unbedingt für alle Handelsschulden persönlich haftbar zu machen (Art. 220, 1426, Code civil in Verbindung mit H.G.B., Art. 8) ³⁾.

Selbstverständlich ist es, dass der Mann für die von der Frau innerhalb ihrer Sphäre z. B. kraft der Schlüsselgewalt und des Notverwaltungsrechts begründeten Schulden persönlich haftbar ist. Denn in allen diesen Fällen erscheint sie nur als Organ des das Gesamtgut vertretenden Ehemannes derart, dass ihre Persönlichkeit dabei ganz in den Hintergrund tritt. Alle Handlungen, die sie innerhalb dieser ihr von den Gesetzen eingeräumten Befugnisse vornimmt, gelten als vom Ehemann vorgenommen und verpflichten ihn daher persönlich, sodass er auch für diese während der Ehe gegebenenfalls sein Sondergut opfern muss. Die Ehefrau selbst hingegen wird durch diese Handlungen nach den meisten Rechten in keiner Weise persönlich verhaftet, sondern verbindet lediglich das Sammtgut. Allerdings lassen manche Statuten auch die Verhaftung des weiblichen Sonderguts für derartige Schulden eintreten, weil sie überhaupt die Frau in

1) Mit dem franz. Recht stimmt das Oldenb. Gesetz v. 24. April 1873 überein (Art. 26, § 2 verbunden mit Art. 9, No. a).

2) und zwar solidarisch cf. R.O.H.G., Bd. 24, p. 362.

3) Ebenso ist es nach dem Oldenburgischen Gesetz vom 24. April 1873, Art. 26, § 2 in Verbindung mit Art. 9, No. b.

Beziehung auf die persönliche Haftung nicht anders stellen, als den Mann. Nach ihnen vermag der Mann also nicht nur das Sammtgut mit seinen Verbindlichkeiten zu belasten, sondern auch die Frau persönlich, sodass nicht nur ihr in die Gemeinschaft gefallenes Vermögen, sondern auch ihr Propergut seiner Macht ausgeliefert ist. So steht es z. B. nach Fuldaischem Recht, wo die Ehegatten »alle auf dem Sammtgut ruhenden, nicht höchstpersönlichen Verbindlichkeiten zur ungeteilten solidarischen Haftung übernehmen, von welcher Pflicht sich kein Ehegatte weder während der Dauer der Ehe, noch auch nach dem Tode des Einen der überlebende Ehegatte weder durch Renuntiation noch auf andere Weise befreien kann« ¹⁾. Dasselbe gilt für Osnabrück gemäss des Attestats des Magistrats der Stadt Osnabrück vom 28. Mai 1611: »conjuges enim de jure nostro municipali pro se invicem absque ulla limitatione tenentur«. Für Hildesheim bezeugt Hardeck a. a. O., p. 46, dass, obwohl die Einhandsgüter der Frau der Disposition des Mannes entzogen sind, »solche dennoch für die gemeinschaftlichen Schulden« (i. e. Sammtgutsverbindlichkeiten), »auch wenn sie lediglich durch Handlungen des Mannes entstanden sind, haften und die Gläubiger nötigenfalls ihre Befriedigung daraus suchen können. Bei dieser Behauptung ist besonders der Fall vorausgesetzt, dass die Schuldenbezahlung bei Lebzeiten der Eheleute in Frage steht«.

Nach Würzburger Landrecht tritt ebenfalls eine persönliche Haftung beider Ehegatten für die während der Dauer der Gemeinschaft kontrahierten Schulden ein, jedoch ist dieselbe nur subsidiär nach dem Sammtgut und trifft jeden Gatten nur zur Hälfte (cf. Neubauer a. a. O., p. 143).

Von den meisten Rechten dagegen wird eine persönliche Haftung der Ehefrau während der Ehe für die vom Manne während derselben eingegangenen Verbindlichkeiten nicht anerkannt, insbesondere auch von A.L.R. II, 1, § 380 ²⁾ und dem französischen Rechte nicht.

1) Gössmann a. a. O., p. 92 f.

2) cf. Koch, Kommentar, Bd. 3, p. 182, n. 43.

Ausdrückliche Bestimmungen finden sich noch in einigen Rechten ¹⁾ darüber, wie es mit gemeinschaftlich von den Ehegatten eingegangenen Verbindlichkeiten gehalten werden soll. Ist keine positive Rechtsvorschrift gegeben, so hat es natürlich sein Bewenden bei den allgemeinen Grundsätzen. Kontrahieren zwei Personen zusammen eine Schuld, so haften sie regelmässig pro rata, falls sie sich nicht vertragsmässig als Gesamtschuldner verpflichtet haben oder kraft besonderen Rechtssatzes, wie im Handelsrecht, eine solidarische Haftung eintritt. Wenn die beiden Personen nun ein in Gütergemeinschaft lebendes Ehepaar sind, so würde an sich jede auch nur zur Hälfte haftbar sein. Modifiziert wird dies aber z. B. dort, wo der Ehemann für die von ihm genehmigten Schulden der Frau persönlich verpflichtet wird, insofern, als er infolge der bestehenden Gütergemeinschaft auch für den die Frau treffenden Teil der Verbindlichkeiten haftet, weil in dem gemeinschaftlichen Abschluss des Rechtsgeschäfts implicite seine Einwilligung in die Vornahme desselben von seiten der Frau liegt.

Fassen wir nun das Resultat zusammen:

I. Der Ehemann haftet persönlich:

1. für alle eigenen Schulden, die — von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen — nach allen Rechten zugleich Gesamtgutsverbindlichkeiten sind.
2. für voreheliche Schulden der Frau nach vielen Rechten, nach anderen aber nicht.
3. für Eheschulden der Frau, stets für die innerhalb ihrer Sphäre kontrahierten, häufig für ihre Handels- und Gewerbeschulden und die sonstigen mit seiner Einwilligung eingegangenen, selten dagegen für Delikts- und gesetzliche Schulden.

1) Z. B. Code civil, Art. 1487. Hier wird ausgesprochen, dass die Frau, wenn sie sich mit dem Manne zugleich verbindlich gemacht hat, wegen einer solchen Schuld nur zur Hälfte belangt werden kann, es müsste denn sein, dass sie sich mit dem Manne solidarisch verpflichtet habe. Dieser mit den allgemeinen Grundsätzen übereinstimmende Satz ist nur deshalb noch einmal ausdrücklich bekräftigt worden, weil der Mann für eine mit der Frau gemeinsam eingegangene Schuld, in totum haftet.

II. Die Ehefrau haftet persönlich:

1. für ihre eigenen Schulden,
 - a. für ihre vorehelichen,
 - b. für die während der Ehe entstandenen,
 - α. für Delikts- und gesetzliche Schulden,
 - β. für Kontraktsschulden¹⁾, soweit dieselben nach den Partikularrechten gültig sind, ausgenommen meistens die, welche sie innerhalb ihrer Sphäre als Vertreterin des Mannes kontrahiert hat.
2. für die Schulden des Mannes:
 - a. für die vorehelichen nach einigen Rechten, meistens nicht.
 - b. für die während der Ehe entstandenen:
 - α. für Delikts- und gesetzliche Schulden, meistens nicht.
 - β. für Kontraktsschulden, nach vielen Rechten nicht.

Der Entwurf (§ 1442, Abs. 2) ist denjenigen Rechten gefolgt, welche während bestehender Ehe den Mann zwar für die Gesamtgutsverbindlichkeiten der Frau, nicht aber diese für die Gesamtgutsverbindlichkeiten des Mannes persönlich haften lassen. Dabei macht er zweckmässiger Weise keinen Unterschied zwischen Verbindlichkeiten der Frau, welche vor Eintritt der Gemeinschaft und solchen, die während bestehender Gemeinschaft entstanden sind, da jene sich häufig von diesen, namentlich bei längerer Dauer der Ehe, nicht unterscheiden lassen, indem sie durch Veränderungen in den Schuldverhältnissen vielfach in einander übergehen. Welche

1) Treibt die Frau ein Handelsgeschäft wider den Willen ihres Mannes, so haftet sie höchstens persönlich (auf keinen Fall das Gesamtgut), nach vielen Partikularrechten aber überhaupt nicht, da ihre nicht genehmigten Kontrakte völlig nichtig sind. Ist sie dagegen Gewerbefrau ohne Einwilligung, so sind ihre Geschäfte stets gültig (reichsgesetzlich), aber verhaften sie nur persönlich. — Dem »Handelsfrausein« steht es partikularrechtlich vielfach gleich, wenn die Frau nur de facto mit dem Manne gemeinschaftlich das Gewerbe betreibt. Sie soll in solchem Falle als socia behandelt werden und für alle Handelsschulden persönlich haften. cf. Heise und Cropp, Juristische Abhandlungen, Bd. 1, § 10, 11.

Gründe im Uebrigen für die vom Entwurf angenommene Gestaltung sprechen, haben wir bereits oben S. 35 f. auseinandergesetzt.

II. Persönliche Haftung der Ehegatten nach Auflösung der Gemeinschaft.

§ 13.

1. *Gegenüber den Gläubigern.*

Die Frage nach der persönlichen Haftung der Ehegatten für die Gesamtgutsverbindlichkeiten wird während bestehender Ehe in der Regel von keiner erheblichen Bedeutung sein, da bei der allgemeinen Gütergemeinschaft das Vorhandensein von Propergütern doch immerhin die Ausnahme bildet. Wichtig wird dieselbe aber nach Auflösung des Gemeinschaftsverhältnisses insofern, als bei einer persönlichen Haftung der Gatten natürlich auch alles später erworbene Vermögen unbeschränkt dem Zugriff der Gläubiger unterworfen ist. Die persönliche Haftung, deren Regelung während der Ehe wir im vorigen Abschnitt betrachtet haben, hat nun nach der Auflösung meist eine erheblich andere Gestalt; so erklären z. B. fast alle Rechte, welche die Frau während der Ehe oder genauer gesagt während der Dauer der Gemeinschaft für die Gesamtgutsverbindlichkeiten persönlich nicht haften lassen, dieselbe nach Auflösung zur persönlichen Schuldnerin jener Verbindlichkeiten.

Es ist aber die Auflösung der Gütergemeinschaft für die den Gegenstand unserer Erörterung bildende Frage noch in anderer Hinsicht bedeutsam. Sie bildet nämlich den Zeitpunkt, in welchem — wenigstens nach den meisten Rechten, die in der hier fraglichen Beziehung überhaupt Bestimmungen enthalten — ein neues Moment hervortritt und Berücksichtigung verlangt, d. i. das interne Verhältnis der Gatten zu einander in Bezug auf die Schuldenhaftung. Während ja dem Grundgedanken der allgemeinen Gütergemeinschaft, bei welcher das beiderseitige Vermögen der Ehegatten auf gemeinsamen Gedeih und Verderb vereinigt werden soll, entsprechend alle Gesamtgutsverbindlichkeiten, d. h. die Verbindlichkeiten des einen oder anderen Ehegatten, wegen deren die Gläu-

biger aus dem Gesamtgut Befriedigung verlangen können, auch im Verhältnisse der Gatten zu einander von dem Gesamtgute getragen werden müssten, giebt es doch Ausnahmen von diesem Grundsatz in der Art, dass gewisse Verbindlichkeiten, obschon sie den Gläubigern gegenüber das ganze Gesamtgut verhaften, im Verhältnis nach innen demjenigen Ehegatten, in dessen Person sie entstanden sind, zur Last fallen und daher bei der Auflösung ausschliesslich aus dessen Anteil zu bestreiten bzw. auf denselben anzurechnen sind. Hierauf werden wir weiter unten noch zu sprechen kommen, nachdem wir untersucht haben, welchen Einfluss die Auflösung der Gemeinschaft auf die Schuldenhaftung gegenüber den Gläubigern ausübt.

Dieser Gegenstand ist in den bestehenden Rechten sehr verschieden geregelt worden. Meistens haben dieselben dabei zunächst nur den Fall der Auflösung der Gütergemeinschaft durch den Tod ¹⁾ eines der Ehegatten vor Augen, zum Teil berücksichtigen sie daneben noch besonders den Fall der Auflösung der Ehe durch Ehescheidung. Man kann vielleicht zwei Hauptsysteme unterscheiden, denen sich die einzelnen Rechte unter mancherlei Abänderungen angeschlossen haben.

1) Nach dem einen System haftet nach der Auflösung der Gemeinschaft auf Grund der letzteren jeder Ehegatte für die Gesamtgutsverbindlichkeiten persönlich und zwar meistens nach Verhältnis der ihm an dem gemeinschaftlichen Vermögen zustehenden Quote — regelmässig der Hälfte —, unbeschadet der ihn abgesehen von der Gütergemeinschaft etwa treffenden weitergehenden persönlichen Haftung, wenn es sich also um in seiner Person entstandene Schulden handelt. Von den verschiedenen möglichen Wegen, die Schuldenhaftung nach Beendigung der Gemeinschaft zu regeln, ist diese Gestaltung an

1) Regelmässig tritt die Auflösung nur im Falle unbeerbter Ehe ein. Sind dagegen gemeinschaftliche Abkömmlinge vorhanden, so setzt der überlebende Ehegatte mit ihnen die Gemeinschaft fort. In Bezug auf die Schuldenhaftung bleibt alles beim Alten, natürlich mit der Massgabe, dass, falls die Frau die überlebende ist, das vom Manne Gesagte nun für sie gilt.

sich als die nächstliegende und vom principiellen Standpunkt aus vielleicht dem Wesen der Gütergemeinschaft am meisten adäquate anzusehen, welche auch mit den Grundsätzen einer gewöhnlichen *communio bonorum* übereinstimmt. Man muss übrigens wohl annehmen, dass manche Rechte diese persönliche Haftung noch weiter ausdehnen, indem sie jeden Ehegatten principiell nicht nur gemäss der ihm zufallenden Quote, sondern in *solidum* für die Gesamtgutsverbindlichkeiten des anderen haften lassen, obwohl es auch nur so den Anschein haben könnte, da diese Rechte bei unbeerbter Ehe, in welchem Falle sie allein die Auflösung der Gütergemeinschaft eintreten lassen, das ganze Gesamtgut unter Ausschluss der sonstigen Erben des verstorbenen Gatten auf den überlebenden, sei es durch Konsolidation, sei es durch Erbschaft übergehen lassen. Dann versteht es sich von selbst, dass die persönliche Haftung eine solidarische ist und nicht auf eine Quote beschränkt sein kann. Tritt aber ein Zerfallen des Gesamtguts in der Weise ein, dass der *conjux superstes* die Hälfte, die Erben des Verstorbenen die andere Hälfte erhalten, so wäre es jedenfalls richtiger, die persönliche Haftung so zu gestalten, dass der erstere für alle Gesamtgutsverbindlichkeiten des anderen (ausser mit seinem Anteil am Gesamtgut) mit seinem persönlichen Vermögen noch zur Hälfte aufzukommen habe, die letzteren aber die andere Hälfte zu tragen hätten — natürlich gemäss dem erbrechtlichen Grundsatz: *nomina sunt ipso jure divisa* je für den Teil, der ihrer Quote am Nachlass entspricht ¹⁾.

Dieses System der unbedingten — sei es geteilten oder solidarischen — persönlichen Haftung ist aber doch in Bezug auf die Ehefrau nicht unbedenklich, wenn man erwägt, dass dieselbe leicht der Gefahr ausgesetzt ist, über den Betrag des

1) So auch Falck a. a. O., Bd. 4, p. 465. — Runde a. a. O., p. 166 bemerkt über oldenburgisches Recht: »Ob die Wittve von dem sie verfolgenden Gläubiger erst Nachweisung verlangen könne, dass er aus dem Nachlasse des Mannes seine Befriedigung nicht habe erhalten können, ob sie in *solidum* oder *pro rata* des von ihr zurückgenommenen Vermögens für die Schuld hafte, diese Fragen sind noch nicht gerichtlich festgestellt«.

ihr vom Gesamtgut zugefallenen Anteils hinaus zur Bezahlung der Gesamtgutsverbindlichkeiten beitragen zu müssen, einer Gefahr, gegen welche sie billigerweise einen Schutz verdient angesichts des freien Verfügungsrechts des Ehemannes, kraft dessen er ohne Zustimmung der Frau mit Wirkung für das Gesamtgut Schulden machen kann, und es erscheint daher wünschenswert, dasselbe so zu modifizieren, dass die Frau jener Gefahr wirksam begegnen kann. So gewähren denn auch verschiedene der an sich auf jenem Boden stehenden Rechte der Ehefrau die Möglichkeit, sich von dieser durch die Gemeinschaft für sie begründeten Haftung dadurch zu befreien, dass sie dem Gesamtgute innerhalb einer bestimmten Frist und in bestimmt vorgeschriebenen Formen entsagt. Infolge ihrer Abdikation verbleibt das ganze Gesamtgut dem Ehemanne bzw. dessen Erben, welche andererseits natürlich mit den Gemeinschaftsschulden allein belastet werden. Dieses Institut zum Schutze der Frau gegen die äussersten Folgen der persönlichen Haftung ist ein sehr altes, es findet sich schon in dem »kleinen Kaiserrechte«, Teil II, cap. 50:

»Der keyser hat gesaczt daz eyn wip dy met ermanne hat scholt gemacht, dyse nicht gelden sal, med sollichem underscheyde, also se von dem grabe get unneren man begraben hat, so ensal se nicht weder gen in daz huß, do se eren man hod lassin uztragen unn sal ane argelist allez daz lossin legin unn sten daz in dem huse ist. Unn findet me se an disser bescheydenheyt ganz so ensal se nicht geldin dy scholt noch dez keyzers rechte«.

Spätere Statuten nehmen dasselbe auf und gestatten der Frau, unter Verzicht auf alle Vorteile aus der Gütergemeinschaft und Aufgeben des gesamten gemeinschaftlichen Gutes sich wenigstens ihr zukünftiges Vermögen zu sichern. Dieser Verzicht wird — und muss es häufig, um gültig zu sein — mittelst einer symbolischen Handlung ausgedrückt, die innerhalb einer bestimmten Frist in feierlicher Weise vorzunehmen ist. Die Danziger Willkür von 1749, Teil I, cap. 5, Art. 7 verordnet: »Da aber eine Frau nach Absterben ihres Mannes die Schlüssel auf die Bahre legte, und mit ihren täglichen

Kleidern aus den Güthern ginge, die soll sich damit von der Creditoren Zuspruch befreyet haben«. Das Hildesheimer Statut von 1637 verlangte, dass die Frau, wenn sie vom Begräbnisse des Mannes zurückkehrte, vor dem Sterbe Hause vorüberging und sich dadurch des Nachlasses entäusserte. Dieser symbolische Akt wird dann bald durch eine gerichtliche Anzeige von der Entschlagung des Sammtguts ersetzt.

Besonders interessant ist die Bestimmung des Lübecker Stadtrechts, durch welche der Wittwe das *privilegium abdicationis* beigelegt wird. Lib. III, tit. 1, Art. 10 lautet: »Stirbet ein Mann in Schulden vertiefft, und solches offenbar, sollen seine nachgelassenen Güter innerhalb sechs Wochen *a tempore scientiae* von den Creditoren inventiret, und, so man wil, versiegelt werden: darnach muss sich seine nachgelassene Wittfrau mit Vormündern versehen, und in sechs Monat bergen und dachdings auftragen, sofern als sie beerbet, und muss also Haus, Erbe und Güter mit einem Rock und Heucken, nicht dem besten, auch nicht dem ärgsten räumen«.

Ueber die Bedeutung des »Bergen und Dachdingsauftragen« (wohl eine gerichtliche *cessio bonorum*) herrschte Streit, der auch in einem von der Göttinger Juristenfakultät als Spruchfakultät entschiedenem Process zum Ausdruck kommt ¹⁾. Ein weiteres Eingehen darauf würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten. Eine ausführliche Darlegung der Bedeutung des »Bergen und Dachdingsauftragen« findet sich in der Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft, Bd. 3, p. 173—190 (H a g e m e i s t e r).

Auch das bremische Recht kennt ein Abdikationsrecht der Wittwe, durch dessen Geltendmachung sie sich von der persönlichen Haftung für alle Sammtgutsverbindlichkeiten des Ehemannes und diejenigen eigenen, welche sie als Vertreterin des Sammtguts (z. B. kraft ihrer Schlüsselgewalt) kontrahiert hat, befreit. Diesen letzteren werden sogar die nach dem Tode des Ehemannes von ihr für das Hauswesen eingegangenen Verbindlichkeiten bis zur Abdikationsanzeige gleichgestellt. Die Abdikation geschieht durch schriftliche Anzeige

1) P ü t t e r, Auserlesene Rechtsfälle, XXIII. decisio.

an das Gericht unter gleichzeitiger Aufgabe des Besitzes des Sammtguts und zwar binnen dreissig Tagen nach erlangter Kenntniss vom Tode des Ehemannes. Stirbt die Frau vor Ablauf der Frist, so wird das Recht der Abdikation auf ihre Erben transmittiert. In gewissen Fällen geht die Wittwe des Abdikationsrechtes verlustig, z. B. wenn sie Sammtgutsgegenstände beiseite geschafft hat oder selbst Schuld an dem Ruin des Gemeinschaftsvermögens trägt (cf. des weiteren Post a. a. O., § 82—85). In ähnlicher Weise gewährt die Lippe-Detmold'sche Verordnung der hinterbliebenen Wittwe diese Rechtswohlthat unter der Bezeichnung eines *flexibile beneficium cessionis omnium bonorum* (§ 15, 17 a. Ende). Dagegen kennt das Verdener Recht das *jus abdicationis* durchaus nicht, sodass von vorehelichen Schulden abgesehen ¹⁾ der überlebende Ehegatte alle gültigen Schulden des verstorbenen abzahlen hat.

Wenn nun durch dies Entsagungsrecht auch der Zweck erreicht wird, das persönliche Vermögen der Ehefrau dem Zugriff der Gläubiger der nicht in ihrer Person entstandenen Forderungen zu entziehen, so wird dieser Weg doch dem Interesse der Frau nicht gerecht. Dieselben Gründe, welche dafür sprechen, den Erben nicht auf die Wahl zu beschränken, entweder die Erbschaft auszuschlagen und sich dadurch von der Haftung für die Erbschaftsschulden zu befreien, oder die Erbschaft anzunehmen, dann aber persönlich zu haften, sind im wesentlichen auch hier vorhanden. Nicht selten nämlich werden zweifelhafte Ansprüche auf erhebliche Beträge geltend gemacht, deren Berechtigung zu beurteilen die Ehefrau regelmässig nicht im Stande ist, da sie im Hinblick auf das allein dem Ehemann zustehende Verwaltungsrecht in Ansehung des Sammtguts mit den Verhältnissen des letzteren schwerlich näher bekannt sein wird. Es ist daher unbillig, in solchen Fällen die Frau in die Zwangslage zu versetzen, wegen einer entfernten Gefahr, um sich gegen dieselbe zu sichern, das Sammtgut ausschlagen zu müssen. Deshalb ist das von einer anderen Gruppe von Rechten angenommene

1) s. oben S. 36.

Prinzip, welches darin besteht, dass die Grundsätze des Inventarrechts in analoger Weise zur Anwendung kommen, entschieden vorzuziehen. Die Ehefrau haftet also auch nach dem so modifizierten System grundsätzlich persönlich, falls sie aber die ordnungsmässige und rechtzeitige Aufnahme eines Inventars bewirkt, nur wie ein Benefizialerbe. Auch hierdurch wird der Frau der notwendige Schutz gegenüber den durch den Missbrauch der Verfügungsgewalt des Mannes ihr erwachsenen Gefahren gewährt, da sie sich gegen eine Haftung über den Bestand ihres Anteils an dem gemeinschaftlichen Vermögen hinaus sichern kann, ohne gezwungen zu sein, einen so folgenreichen Entschluss, wie es die Abdikation ist, zu fassen, bevor sie den entscheidenden Vermögenszustand ermittelt hat, über den nicht selten erst die Zukunft sichere Auskunft geben kann. Den Vorteilen dieses Systems gegenüber kann es auch nicht stark ins Gewicht fallen, dass es immerhin etwas Künstliches hat, die erbrechtlichen Vorschriften auch da anzuwenden, wo ein Todesfall nicht vorliegt, die Gemeinschaft also aus einem anderen Grunde aufgelöst worden ist. Auf dem Standpunkt des so modifizierten Systems steht z. B. das westfälische Gesetz vom 16. April 1860 § 12: »Wenn die überlebende Ehefrau sich gegen die sonst eintretende Folge sichern will, dass ihr weiterer Erwerb von denjenigen Gläubigern der bisherigen Gemeinschaft, welchen sie nicht aus besonderen Gründen persönlich verhaftet ist, angegriffen werden könne, so muss dieselbe innerhalb einer gleichen Frist, wie sie dem Erben zur Ueberlegung über den Antritt der Erbschaft und Niederlegung eines Inventars gewährt ist, ein Inventar von dem beim Tode des Mannes vorhanden gewesenen gemeinschaftlichen Vermögen gerichtlich niederlegen. Sie erlangt hierdurch dem Gläubiger gegenüber in Beziehung auf das Vermögen alle Rechte und Pflichten eines Benefizialerben«.

In Uebereinstimmung mit den obengenannten Rechten lässt auch das französische Recht grundsätzlich jeden Ehegatten nach Auflösung der Gütergemeinschaft auf Grund der letzteren persönlich und zwar zur Hälfte haften (Code civil Art. 1482). Um jedoch die Ehefrau zu schützen, räumt es

derselben nicht nur das Recht ein, die Gemeinschaft auszu-
schlagen und sich dadurch insoweit von der Haftung für die
Gemeinschaftsschulden zu befreien, als sie nicht aus einem
besonderen Grunde persönlich verpflichtet ist, sondern legt ihr
daneben auch die Befugnis bei, durch Aufnahme eines In-
ventars ihre Haftung auf den Betrag des ihr vom gemein-
schaftlichen Vermögen zugefallenen Anteils zu beschränken
(Code civil Art. 1453, 1482 ff., 1492 ff.).

2) Während die bisher betrachteten Rechte darin über-
einstimmen, dass sie prinzipiell die Ehegatten persönlich
— sei es pro rata oder in solidum — haften liessen und nur
der Frau durch das beneficium abdicacionis oder das beneficium
inventarii die Möglichkeit gewährten, ihr Sondergut bezw. ihren
künftigen Erwerb dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen,
hat eine Reihe von Rechten ein anderes System angenommen.
Jeder Ehegatte haftet hier von vornherein kraft Gesetzes nur
mit demjenigen, was er aus dem gütergemeinschaftlichen Ver-
mögen erlangt hat, natürlich immer unbeschadet der ihn ab-
gesehen von der Gütergemeinschaft treffenden persönlichen
Haftung. Es bedarf also hier nicht erst der Geltendmachung
einer Rechtswohlthat für die Ehefrau, um ihren künftigen Er-
werb vor den Gläubigern des Mannes zu retten, aber auch
der Mann haftet hier nur mit der ihm zugefallenen Hälfte des
Gesamtguts für die nicht in seiner Person entstandenen Ge-
samtgutsverpflichtungen, während er nach dem zuerst ge-
schilderten System unter allen Umständen nicht nur sachlich,
sondern persönlich — sei es solidarisch oder ratierlich — ver-
pflichtet ist, ohne dass ihm eine Rechtswohlthat zugestanden
wird¹⁾. Für eine solche liegt ja auch gar kein Bedürfnis vor,

1) Eine Ausnahme findet sich in der Frankfurter Reformation von
1578, Teil III, tit. 7 § 3. Hier wird beiden Ehegatten gleichmässig die
Rechtswohlthat der Entschlagung zugebilligt. Binding, die Lehre
von der Haftung der Eheleute nach Frankfurter Recht p. 47 bemerkt
dazu, dass auch die Reformation dieselbe hauptsächlich als Schutzmittel
der Frau gegen Missbrauch des Verwaltungsrechts des Mannes betrachtet
hätte, und dass offenbar nur die Rücksicht auf die ausnahmsweise Mög-
lichkeit, dass der Mann durch einen Handelsbetrieb der Frau in eine
ähnliche Lage kommen könnte, wie regelmässig die Frau ihm gegenüber,
jene Verstattung veranlasst habe.

da die Frau überall in ihrem Verfügungsrecht in Ansehung des Gesamtguts ausserordentlich beschränkt ist und einem Missbrauch der ihr zustehenden Befugnisse entgegenzutreten der Mann stets in der Lage ist. Die Lippe-Detmoldsche Verordnung (§ 15) spricht dies ausdrücklich aus: »Der überlebende Mann, dessen eigene Schuld es ist, dass er der Verschwendung seiner Frau nicht besser gewehret hat, und der, wenn seine Frau erweislich, ohne sein Wissen, Schulden gemacht hat, nach der Verordnung des § 11 dagegen verfahren kann, soll hingegen solche Rechtswohlthat nicht zu geniessen haben«.

Der von dem zweiten Systeme eingeschlagene Weg, jeden Gatten kraft Gesetzes für die Sammtgutsschulden des anderen nur mit dem Gemeinschaftsgut und nicht persönlich haften zu lassen, erscheint jedenfalls als der einfachste, wenn er auch den Interessen der Gläubiger nicht so günstig ist. Ihm haben sich mehrere ältere Rechte angeschlossen, z. B. das Schleswig-Holsteinsche Recht; über dasselbe bemerkt Falck, a. a. O., Bd. 4, p. 463:

»Nach Auflösung der Ehe haftet derjenige Ehegatte, welcher die Schulden nicht selber kontrahiert oder späterhin etwa als eine persönliche Schuld übernommen hat, mit seinem späteren Erwerbe den Gläubigern nicht«.

Insbesondere steht auch das preussische Landrecht auf diesem Standpunkt (II, 1, §§ 661, 758), nur mit der Ausnahme, dass der Mann wie während bestehender Ehe, für diejenigen Schulden der Frau, die sie mit seiner Einwilligung eingegangen ist, persönlich verbunden ist. Hiervon abgesehen haftet kein Gatte auf Grund der Gütergemeinschaft für die Gesamtgutsverbindlichkeiten persönlich.

3) Fassen wir die Bestimmungen der geltenden Rechte zusammen, so gelangen wir zu folgendem Ergebnis:

Erstes System:

Nach Auflösung der allgemeinen Gütergemeinschaft haftet den Gläubigern persönlich:

I. der Ehemann

1. in solidum für alle in seiner Person vor oder während der Ehe entstandenen Verbindlichkeiten, wozu

- auch die von der Frau in der ihr gesetzlich zustehenden oder ihr aufgetragenen Stellvertretung seiner Person gemachten Schulden gerechnet werden;
2. pro rata (oder nach einzelnen Rechten in solidum) für alle gültigen Gesamtgutsverbindlichkeiten der Frau. (Welche dazu gehören, ist oben erörtert worden.)

II. Die Ehefrau

1. in solidum für alle in ihrer Person vor oder während der Ehe entstandenen Verbindlichkeiten; cf. auch I, 1;
2. pro rata (oder nach einzelnen Rechten in solidum) für alle Verbindlichkeiten des Mannes. Von dieser Haftung befreit sie sich entweder ganz durch Geltendmachung des privilegium abdicacionis, oder sie haftet nur wie ein Benefizialerbe durch Errichtung eines Inventars.

Zweites System:

Jeder Gatte haftet für die in seiner Person entstandenen Verbindlichkeiten in solidum, für die übrigen Gesamtgutsverbindlichkeiten nur mit dem Anteil am Gesamtgut; seine Haftung für diese ist also nur sachlich, nicht persönlich.

4) Mit keinem der geltenden Rechte stimmt der Entwurf vollständig überein. Er macht zunächst einen Unterschied zwischen den im Verhältnis der Gatten zu einander dem Gesamtgut nicht zur Last fallenden und den übrigen Gesamtgutsverbindlichkeiten insofern, als er für die ersteren den Mann — im Gegensatz zu seiner unbedingten persönlichen Verpflichtung während bestehender Gütergemeinschaft (§ 1442, Abs. 2) — persönlich nur haften lässt, wenn das Gesamtgut unter den Gatten bzw. ihren Erben verteilt worden ist, bevor die Schulden berichtigt sind, und zwar ist diese Haftung dann von Rechtswegen auf diejenigen Gegenstände beschränkt, welche dem Manne bei der Teilung des Gesamtguts zugewiesen sind. Sonst aber erlischt mit der Auflösung der Gemeinschaft seine persönliche Haftung für diese Kategorie von Gesamtgutsverbindlichkeiten, während alle übrigen

nach wie vor ihm auch persönlich zur Last fallen (§§ 1463, 1442). Was die Ehefrau anlangt, so haftet dieselbe nach dem Systeme des Entwurfs rücksichtlich der nicht in ihrer Person entstandenen Gesamtgutsverbindlichkeiten regelmässig überhaupt nicht persönlich. Nur wenn vor Berichtigung der Schulden das Gesamtgut geteilt worden ist, tritt auch für sie eine persönliche, aber wie in dem analogen Fall beim Ehemann, beschränkte Haftung ein (§ 1463).

§ 14.

2. Verhältnis der Gatten zu einander.

Während nach dem ersten Entwurf die persönliche Haftung des Ehemannes den Gläubigern gegenüber für die Gesamtgutsverbindlichkeiten der Frau, auch wenn sie ihr im internen Verhältnis allein zur Last fallen, durch die Auflösung der Gütergemeinschaft nicht berührt wurde, tritt also nach dem Entwurf zweiter Lesung die Unterscheidung von Gesamtgutsverbindlichkeiten, welche im Verhältnis der Gatten zu einander das Gesamtgut nicht belasten, und allen übrigen Gesamtgutsverbindlichkeiten, auch einmal nach aussen in die Erscheinung, weil er die Fortdauer der persönlichen Haftung des Mannes nach Auflösung der Gemeinschaft regelmässig davon abhängig macht, dass die betreffende Schuld nicht zu der ersteren Kategorie gehört. Und das mit Recht, da einmal die persönliche Haftung des Ehemannes für diese Verbindlichkeiten nicht auf dem durch die Gemeinschaft unter den Ehegatten begründeten Verhältnisse, sondern wesentlich auf der während bestehender Gemeinschaft unlösbaren Vereinigung des beiderseitigen Vermögens und auf dem freien Verfügungsrecht des Mannes über das Gesamtgut beruht, und da andererseits für die Gläubiger dieser Forderungen nicht die Rücksicht in Betracht kommt, welche auch nach Auflösung der Gemeinschaft auf solche Gläubiger genommen werden muss, die im Vertrauen auf die persönliche Haftung des Mannes während der Ehe unter seiner Einwilligung mit der Ehefrau in Rechtsgeschäfte sich eingelassen haben.

Hiervon abgesehen ist aber jener Unterschied für die Gläubiger belanglos und bezieht sich nur auf das Verhältnis

der Gatten zu einander. Die Gesamtgutsverbindlichkeiten ersterer Art werden von Cosack in seiner Neubearbeitung des »System des deutschen Privatrechts« von Gerber, p. 485 als einseitige bezeichnet. Ihre Bedeutung ist einerseits die, dass, wenn eine derartige Verbindlichkeit aus dem Gesamtgut getilgt ist, derjenige Ehegatte, dem sie im Verhältnis nach innen zur Last fällt, zu dem Gesamtgut nach Auflösung der Gütergemeinschaft Ersatz leisten muss (§ 1450)¹⁾, andererseits die, dass jeder Ehegatte nach Auflösung der Gemeinschaft verlangen kann, dass einseitige Gesamtgutsschulden des anderen bei der Auseinandersetzung nicht aus dem Gesamtgut berichtigt werden (§ 1458, Abs. 2). Ist die Berichtigung einer solchen Verbindlichkeit bei der Teilung unterblieben, so muss der betreffende Gatte dem anderen gegenüber dafür einstehen, dass dieser von den Gläubigern nicht in Anspruch genommen wird (§ 1464).

Die Gesamtgutsverbindlichkeiten, welche auch im Verhältnis der Gatten zu einander dem Gesamtgut zur Last fallen, charakterisieren sich dagegen dadurch, dass, wenn eine solche Verbindlichkeit eines Ehegatten aus dessen Sondergut getilgt ist, dieser aus dem Gesamtgut Ersatz beanspruchen kann und zwar die Frau bereits während bestehender Gemeinschaft (§ 1450, Abs. 2). Es kann ferner nach Auflösung der Gemeinschaft jeder Gatte bei der Auseinandersetzung fordern, dass diese Gesamtgutsverpflichtungen zunächst aus dem Gesamtgute bezahlt werden (§ 1458, Abs. 1). Ausserdem aber haftet der Ehemann seiner Frau auch persönlich für die Ersatzleistung, wenn eine der hier fraglichen Verbindlichkeiten aus ihrem Sondergute getilgt ist, da der Ehemann, wie sich aus § 1464 ergibt, alle derartigen Gesamtgutsverbindlichkeiten auch gegenüber der Frau allein zu tragen verpflichtet ist, ein Prinzip, welches sich durch das dem Ehemanne durante communionem zustehende ausgedehnte und an keine rechtliche Verantwortlichkeit gegenüber der Frau geknüpfte Verwaltungsrecht wohl rechtfertigt. Diesem Prinzip gemäss hat

1) Die Frau muss jedoch, soweit ihr etwaiges Vorbehaltsgut zur Berichtigung der Schuld ausreicht, dieselbe schon vorher tilgen (§ 1450).

der Mann in betreff der das Gesamtgut auch im internen Verhältnis belastenden Verbindlichkeiten, falls dieselben bei der Auseinandersetzung nicht berichtigt sind, der Frau dafür zu haften, dass sie von den Gläubigern nicht belangt wird (§ 1464).

Die einseitigen Gesamtgutsverbindlichkeiten werden in den §§ 1446 ff. aufgezählt. Wichtig sind von ihnen vor allem die Verbindlichkeiten, welche aus einer von dem Ehegatten nach dem Eintritt der Gütergemeinschaft begangenen unerlaubten Handlung oder aus einem wegen einer solchen Handlung gegen ihn gerichteten Strafverfahren entsprungen sind. Diese Einschränkung des Grundgedankens der allgemeinen Gütergemeinschaft, nach welchem auch in wirtschaftlicher Beziehung die Gatten Glück und Unglück mit einander teilen sollen, ist sicherlich sehr zu billigen; denn es würde ungerrecht sein, die möglicherweise sehr weitgehenden Vermögensnachteile eines Delikts auch im internen Verhältnis dem unschuldigen Teile aufzubürden, zumal wenn man bedenkt, dass der Ehemann, da er auch die nicht einseitigen Gesamtgutsverbindlichkeiten gegenüber der Ehefrau allein zu tragen hat (§ 1464), in die Lage kommen könnte, sein Sondergut und seinen künftigen Erwerb zur Tilgung der Deliktsschulden der Ehefrau verwenden zu müssen, während jene nicht nur ihr Sondergut resp. ihren künftigen Erwerb frei behielte, sondern sogar, falls sie daraus ihre Gläubiger hätte befriedigen müssen, dafür vom Ehemann nach § 1464 Ersatz beanspruchen dürfte.

Zu den einseitigen Gesamtgutsschulden zählen ferner diejenigen, welche aus einem auf das Vorbehaltsgut des einen oder anderen Gatten sich beziehenden Rechtsverhältnisse herühren (§ 1446 No. 2). Dies ergibt sich aus der Natur und dem Zweck des Vorbehaltsguts. Handelt es sich um derartige Verbindlichkeiten der Frau, so sind dieselben überhaupt nur dann Gesamtgutsverpflichtungen, wenn sie entweder vor dem Eintritt der Gütergemeinschaft entstanden oder mit Einwilligung bzw. Genehmigung des Mannes kontrahiert sind. Die Einwilligung bewirkt an sich also nur, dass den Gläubigern gegenüber die Eigenschaft der fraglichen Verbindlichkeit als einer Gesamtgutsschuld anerkannt wird, keineswegs aber, dass

der Mann dieselbe auch im Verhältnis nach innen mitzutragen hat.

Selbstverständlich gehören hierher auch die Verbindlichkeiten aus einer gerichtlichen Entscheidung über eine der eben erwähnten einseitigen Gesamtgutsverbindlichkeiten, einschliesslich der Verpflichtung zur Tragung der Kosten (§ 1446 No. 3).

Von den weiteren Fällen wollen wir noch hervorheben die Gewährung einer Ausstattung aus dem Gesamtgute an nicht gemeinschaftliche Kinder der Ehegatten, weil der erste Entwurf in diesem Falle grundsätzlich — mit einer Ausnahme — eine Ersatzpflicht nicht eintreten liess (§ 1368 Entwurf erster Lesung). Der zweite Entwurf (§ 1446) hingegen folgt dem französischen Recht (Code civil Art. 1438, 1439); wie mir scheint, mit vollem Recht, da die Ausstattung einseitiger Kinder ihrer Natur nach nicht im gemeinsamen Interesse beider, sondern im ausschliesslichen Sonderinteresse desjenigen Ehegatten liegt, dessen leiblichen Kindern die Ausstattung gewährt wird.

Ist nun eine einseitige Gesamtgutsschuld getilgt worden, so ist als Zeitpunkt, in welchem von seiten desjenigen Ehegatten, dem sie im internen Verhältnis zur Last fiel, zum Gesamtgut Ersatz zu leisten ist, vom Entwurf prinzipiell die Auflösung der Gemeinschaft festgehalten worden. Es entspricht dem Wesen der allgemeinen Gütergemeinschaft, dass während des Bestehens derselben ein Gegensatz in den vermögensrechtlichen Interessen der Ehegatten, wie er durch Geltendmachung der hier fraglichen Ansprüche hervorgerufen würde, möglichst vermieden werden soll. Ausserdem wird der verpflichtete Gatte nur ausnahmsweise imstande sein, die Verbindlichkeit *durante communione* zu erfüllen, da das Vorhandensein von Propergut bei der allgemeinen Gütergemeinschaft verhältnismässig selten ist. Für die Frau wird allerdings im § 1450 s. oben S. 54 Anm. 1) insofern eine Ausnahme statuiert, als sie, wenn sie ausreichendes Vorbehaltsgut besitzt, aus demselben schon während der Dauer der Gemeinschaft ihre Ersatzleistung machen muss. Diese Ausnahme rechtfertigt sich, wie die Motive zu dem entsprechenden Paragraphen des ersten

Entwurfs sagen, durch die Erwägung, dass das Vorbehaltsgut der Ehefrau dem Gesammtgut als getrennte, selbständige Vermögensmasse gegenübersteht, und dass der Ehemann leicht in die Lage kommen kann, den sofortigen Ersatz der für die Ehefrau aus dem Gesammtgut gemachten Aufwendungen zu den Zwecken der Verwaltung des letzteren nicht entbehren zu können. Hieraus kann man sogleich schliessen, weshalb es inbetreff solcher Verbindlichkeiten des Mannes anders geordnet ist; denn Gesammtgut und Vorbehaltsgut des Mannes sind in seiner Hand zu unbeschränkter Verfügung vereinigt, und gegen sich selbst kann er als Vertreter des Gesammtguts doch nicht wohl einen Anspruch erheben. Dazu kommt, dass er bei sofortiger Leistungspflicht über das Geleistete, das ja in das Gesammtgut geflossen ist, ohne der Frau verantwortlich zu sein, beliebig verfügen könnte, sodass eine erst bei der Auflösung erfolgende Berichtigung dieser Verbindlichkeit dem Interesse der Ehefrau günstiger ist. — Die Vorschrift des § 1450 bezieht sich übrigens keineswegs bloss auf derartige Ersatzleistungen, sondern umfasst auch alle übrigen Verbindlichkeiten eines Ehegatten gegenüber dem Gesammtgut (z. B. aus einem Darlehn, das er aus dem Gesammtgut für Zwecke seines Vorbehaltsguts aufgenommen hat).

Auch in manchen heutigen Rechten findet sich der Gedanke, dass wegen gewisser Verbindlichkeiten zwar den Gläubigern der Zugriff auf das Gesammtgut offen stehen soll, dass dieselben aber gleichwohl nicht von dem Gesammtgut, sondern von dem schuldnerischen Gatten getragen werden müssen. So verordnen das Würzburger Landrecht und das Recht von Castell¹⁾, dass bei der Teilung die für die Deliktsobligationen eines Ehegatten aus dem Gesammtgute bestrittenen Beträge dem verpflichteten Gatten auf seinen Anteil am Gesammtgute anzurechnen sind. Nach französischem Recht (Code civil Art. 1424) können Geldstrafen, zu welchen der Ehemann verurteilt ist, zwar aus dem Gesammtgut beigeschrieben werden, jedoch hat der Mann der Frau bzw. ihren Erben bei der Auflösung dafür Vergütung zu gewähren. Eine Anzahl französischer Schriftsteller will den Art. 1424 auch auf Verbindlichkeiten

1) cf. Neubauer, a. a. O., p. 143.

zum Ersatz des durch ein Delikt verursachten Schadens ausdehnen, cf. hierüber Zachariä v. Lingenthal, a. a. O., Bd. 3, p. 234 n. 12¹⁾. Das A.L.R. II, 1 §§ 384, 385 enthält eine analoge Vorschrift wie der Art. 1424 C. c., welche nach § 390 auch auf die Frau Anwendung finden soll. Ferner bestimmt § 383, dass auch einseitige Schenkungen des Ehemannes, welche die Frau hätte widerrufen können, bei der Auseinandersetzung unter den Eheleuten auf den Anteil des Mannes angerechnet werden müssen.

Ueber das Verhältnis, in welchem nach geschehener Teilung die Eheleute sich gegenseitig für die Gemeinschaftsschulden haften, stellt das französische Recht überhaupt eine Reihe von Grundsätzen auf. Darnach haftet der eine Ehegatte dem anderen für die Gesamtgutsschulden schlechthin zur Hälfte, also auch dann, wenn der eine oder andere Gatte dem Gläubiger gegenüber für eine Gesamtgutsschuld persönlich und solidarisch verpflichtet war (Code civil Art. 1482). Hat daher ein Gatte infolge seiner solidarischen Haftung den Gläubiger voll befriedigt, so kann er für das über die Hälfte hinaus Gezahlte Regress gegen den anderen Gatten nehmen (Art. 1484, 1486). Dabei ist ferner zu Gunsten der Frau bestimmt, dass sie für ihre Hälfte, die sie zufolge des eben besprochenen Rechtssatzes von den Schulden der Gemeinschaft gegenüber dem Manne zu tragen hat, ihm nur bis zum Betrage desjenigen, was sie aus der Gemeinschaft erhalten hat, verpflichtet ist und zwar auch dann, wenn sie den Gläubigern gegenüber auf die ganze Schuld verhaftet wäre oder ihnen freiwillig über den Betrag ihres aus dem Gesamtgut erhaltenen Anteils hinaus geleistet hätte. Natürlich steht ihr diese Rechtswohlthat, dem Manne bloss *cum viribus communionis* zu haften, nur zu, wenn ein ordnungsmässiges Inventar über das Gesamtgut errichtet ist.

1) Das oldenburgische Gesetz vom 24. April 1873 bestimmt im Art. 19 § 1, dass die Ehefrau verpflichtet ist, aus dem vorbehaltenen Vermögen dasjenige zu erstatten, was zur Deckung der Schulden, welche aus von ihr während der Ehe begangenen unerlaubten Handlungen herühren, aufgewendet worden ist.

Zum Schluss dieser Arbeit fühle ich mich gedrungen, allen meinen hochverehrten Lehrern, den Herren Professoren Ehrenberg, Ziebarth, Regelsberger, Merkel, Frensdorff, v. Bar, Dove für das mir während meiner Studienjahre in so reichem Masse bewiesene Wohlwollen auch an dieser Stelle meinen aufrichtigsten Dank auszusprechen.

Zum Schluss dieser Arbeit ist noch zu bemerken, dass die in der vorliegenden Arbeit beschriebenen Versuche, die in der ersten Abtheilung beschrieben sind, in der That die in der zweiten Abtheilung beschriebenen Versuche bestätigen. Die in der ersten Abtheilung beschriebenen Versuche sind in der That die in der zweiten Abtheilung beschriebenen Versuche bestätigen. Die in der ersten Abtheilung beschriebenen Versuche sind in der That die in der zweiten Abtheilung beschriebenen Versuche bestätigen.

